Beilage zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 31 vom 2. August 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Abschlußkonferenz der KSZE

Nieder mit dem Betrug von Helsinki

Frieden und Entspannung in Europa, von Gnaden der Supermächte, das soll die KSZE den europäischen Völkern vorgaukeln. Obwohl die Supermächte wie wahnsinnig aufrüsten, um sich gegenseitig Einfluß- und Herrschaftsbereiche zu entreißen, strategisch vor allem den „fetten Brocken Europa", obwohl sie dadurch die größten Kriegstreiber und Konkurrenten sind, haben sie doch eine große Gemeinsamkeit: Nämlich, daß sie beide die größten Feinde der Völker sind und von den Volksmassen gehaßt werden.

Aus dieser Gemeinsamkeit erwächst ihr gemeinsamer Wunsch, die Völker über ihrer beider wahren Charakter zu täuschen, ihren Widerstand zu lähmen, denn der Kampf der Völker allein ist es – der ihnen beiden einen Strich durch die Rechnung machen kann. In diesem Punkt sind sich beide Supermächte daher einig: Das die Völker der Welt gefügig gemacht werden müssen für die Herrschaft der einen oder der anderen Supermacht. Und um die Völker für ihre Herrschaft gefügig zu machen, gehen sie mit Zuckerbrot und Peitsche vor. Es ist ihnen kein Aufwand zu groß, um sich als die Herren der Welt hinzustellen, die über das Schicksal der Menschheit zu entscheiden haben.

Deshalb haben sie mit großem Spektakel den Händedruck im All veranstaltet, als Overtüre zum großen KSZE-Spektakel, wo sie gönnerhaft wie Friedenstauben gurren und nicht genug beteuern können, wie sehr ihnen der Weltfrieden am Herzen liegt. Das ist das Zuckerbrot, mit dem sie dafür werben wollen, daß das Schicksal der Menschheit bei ihnen in besten Händen ist. Der sowjetische Sozialimperialismus stützt sich besonders auf diese Methode der Friedensdemagogie, um seine „sozialistische" Maske nicht vollends zu verlieren, obwohl er die aggressivere der beiden Supermächte ist.

Auf der anderen Seite drohen sie mit der Peitsche, rüsten wie wahnsinnig auf, errichten überall in der Welt Militärbasen, drohen sie mit atomarer Vernichtung. **Beides soll dazu dienen, die Völker durch Beruhigung und durch Erpressung zur Kapitulation vor den beiden „Großen" der Welt zu bewegen, aller Widerstand soll ihnen sinnlos erscheinen.** In Wirklichkeit ist es aber allein die Revolution der Völker, die den Krieg verhindern kann. Genosse Enver Hoxha sagt dazu in seiner Rede vor der Wahlversammlung 1974: *„Dieses ganze Gerede ist Ausdruck der Pläne und Wünsche der beiden Supermächte. Es sind nicht nur demoralisierende psychologische Vorbereitungen, sondern auch wirkliche militärische Vorbereitungen, um den Widerstand der Völker zu schwächen und sie dann im Blute ersticken zu können. Die Kriegs- und Angstpsychose wird von beiden Supermächten gezüchtet. In dieser bedrohlichen Psychose posaunen sie als Rettung zwei Schirme aus, den amerikanischen und den sowjetischen. Ihrer Meinung nach gibt es für den, der sich retten will, keine andere Wahl. ‚Denke nicht mehr mit Deinem eigenen Kopf, Dein Wille und Deine Freiheit sind mit diesen beiden Ungeheuern verbunden'. Über dieser Psychose der Erpressungen, Einschüchterungen und des Terrors liegt ein dichter Qualm von bilateralen und multilateralen Konferenzen, Treffen, Besprechungen und Kommissionen. Alles wird besprochen, nichts aber gelöst, und wenn einmal etwas beschlossen wird, ist dennoch noch nichts sicher.*

Fortsetzung auf Seite 2



Demonstration am 26. 7. 1975 in Köln. Rund 600 Menschen demonstrierten gegen den Besuch des Häuptlings des US-Imperialismus und gegen die Kriegstreiberei der zwei Supermächte. Aufgerufen war zu einer Solidaritätsdemonstration für die 4 in Köln inhaftierten türkischen Antifaschisten. (Siehe auch S. 6).

Bundesarbeitsministerium

'Sozialleistungen' sollen gekürzt werden

Die Hetze gegen die arbeitslosen Kollegen wurde – ob in der „Bild" oder in den Lokalzeitungen – in den letzten Monaten immer unverschämter. Da werden Arbeitslose zu „Dauerurlaubern auf Mallorca" gestempelt, „Faulheit" zur Ursache der steigenden Arbeitslosenzahlen gemacht, soll man glauben, die Arbeiter in Westdeutschland leben in geradezu paradiesischen Verhältnisse Daß diese Lügenpropaganda der Bourgeoisie nicht nur darauf abzielt, die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit zu verschleiern, sondern auch eine noch stärkere Ausplünderung der Werktätigen vorbereiten soll, liegt jetzt klar auf der Hand. Unter dem Vorwand, die Sozialleistungen des Staates seien schon beinahe „sinnlos und übertrieben" oder wie Arbeitsminister Arendt meinte, es gäbe einen „Wildwuchs im Sozialbereich", sollen die Leistungen des Staates, Rechte, die die Arbeiterklasse sich gegen das Monopolkapital und seinen Staatsapparat erkämpft hat, erheblich eingeschränkt bzw. gestrichen werden.

Am schwersten betroffen werden von den Kürzungsabsichten die arbeitslosen Kollegen, deren Lage jetzt schon bei vielen ein Leben am Rande des Existenzminimums bedeutet. So beabsichtigt das Bundesarbeitsministerium den Begriff der „zumutbaren Tätigkeit" zu „erweitern". Das heißt, daß einem ausgebildeten Facharbeiter vom Arbeitsamt nicht mehr ein gleichwertiger Arbeitsplatz angeboten werden muß, sondern daß er auch eine Stelle nehmen muß, die weit unter seiner beruflichen Qualifikation und weit unter seinem vorherigen Einkommen liegt. Im gleichen Zug soll die berufliche Weiterbildung oder Umschulung für Arbeitslose weitgehend gestrichen werden. Wollen arbeitslose Kollegen sich künftig für einen anderen Beruf fortbilden, so soll in den meisten Fällen die bisherige staatliche Unterstützung in ein Darlehen umgewandelt werden, daß zurückgezahlt werden muß.

Fortsetzung auf Seite 2

Das 8. schwere Bahnunglück in diesem Jahr

Profit zählt für sie mehr als Menschenleben

War das letzte schwere Eisenbahnunglück erst am 12. Juli bei Starnberg passiert, wobei 30 Menschen schwer verletzt wurden, so hat jetzt bereits wieder ein schweres Unglück auf der Strecke Hamburg-Cuxhafen 11 Todesopfer und 70 Verletzte gefordert. Unter den Toten ist ein fünfjähriges Kind. Es ist in diesem Jahr bereits das achte schwere Eisenbahnunglück der Bundesbahn.

In einer ersten Stellungnahme sicherte die Bundesbahn zu, den Opfern „schnell und unbürokratisch" zu helfen. Aber wer erinnert sich da nicht an das schwere Unglück in Warngau, wo die gleiche Zusicherung gemacht wurde? Da feilschte die Bundesbahn selbst noch um die Toten: Für einen Arbeiter, so hieß es, werden 100 000 DM gezahlt, für „höhergestellte" Opfer 250 000 DM, Kinder, die ums Leben gekommen sind, zählen nicht. Für die betroffenen Familien ein wirklicher Trost, eine wahrhaft „unbürokratische Hilfe".

Auch bei dem Hamburger Unglück ist es laut Stellungnahme der Bundesbahn der Zugführer, der schuld sein soll, nicht anders als in Warngau der Streckenführer oder Schrankenwärter bei anderen Unfällen, hingegen die Bundesbahn sei „technisch sicher". Wie es um diese „Sicherheit" bestellt ist, das aber zeigt gerade das Unglück in Hamburg deutlich. Als die Rettungsmannschaften am Unfallort eintrafen, fanden sie ein grauenvolles Bild vor: Der Güterzug und der Personenzug hatten sich ineinander verkeilt. Der erste Waggon des Personenzuges hinter der Lok war in den ersten Abteilen vollkommen zusammengepreßt. Der Waggon hatte sich in der Mitte wie ein Streichholz geknickt und ragte in die Höhe. Zwischen den Wrackteilen hingen eingeklemmte tote und schwerverletzte Fahrgäste. **Gerade dieser Leichtmetall-Waggon aber galt bei der Bundesbahn als „verformungssicher" und wurde als Errungenschaft der Sicherheitsvorkehrungen herausgestellt.**

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Gefoltert in der DDR 2
IGM-Apparat richtet seine Reihen aus / Tarifrunde 3
Mannesmann-Huckingen: Kriegstreiber sichern keine Arbeitsplätze 3
Verfluchte Antreiberei 3
Streikerfolg bei Still-Esslingen, Hamburg 3
Fensterputzerlehrlinge in ständiger Lebensgefahr 3
Gespräch mit P. Pittam 4
Eine gefährliche Tendenz in der „Roten Fahne": Duldung der US-Besatzertruppen 5
Zum 80. Todestag von Friedrich Engels 5
Prozeß gegen Uli Grober 6
Sofortige Freilassung der 4 türkischen Patrioten 6
Urteil in Bochum zum Giftmüllprozeß 6
„Front des Volkes" in Chile 7
Sozialismus des Schah: Armut für das Volk 7
Interview mit dem Vater von Erich Dobhardt 8

KSZE Abschlußkonferenz

Fortsetzung von Seite 1

Auch das bißchen ‚bürgerliche Moral' der diplomatischen Akte vergangener Zeiten ist heute zu einer ungeheuren Schweinerei und Fäulnis geworden. In der Politik der beiden Supermächte und ihrer Verbündeten herrschen heute Entartung, Falschheit und Betrug."

Albanien hat von vornherein nicht an der KSZE teilgenommen und hat sie als Erpressungs- und Betrugsmanöver der beiden Supermächte entlarvt. **Albanien hat damit den Völkern Europas ein hervorragendes Beispiel gegeben und die Völker ermutigt. Ein kleines Land wie Albanien ist in der Lage, den angeblich „Allmächtigen" der Welt zu trotzen.** Damit hat Albanien den europäischen Völkern den Weg gezeigt: Den beiden Hyänen Widerstand zu leisten und ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Denn Europa wird in dem Moment nicht Schachfigur der Supermächte sein, wenn die Völker sich fest zusammenschließen und die Supermächte samt ihrer Lakaien im Meer des Volkskriegs ertränken. In Helsinki sitzen nicht die Völker an einem Tisch, sondern ihre Unterdrücker, voran die Supermächte. Können wir von ihnen erwarten, daß sie sich für das Wohl und den Frieden der Völker einsetzen? Nein, das können wir nicht! Obwohl es natürlich auch zwischen den anwesenden Regierungen und den Supermächten Widersprüche gibt, die die Völker durchaus ausnutzen können, sind diese nicht das Entscheidende, sondern ausschlaggebend ist der Kampf der Volksmassen selbst unter Führung der Arbeiterklasse. Wie gerade die KSZE zeigt, sind die Imperialisten jederzeit bereit, die Unabhängigkeit des Volkes für ein paar lumpige Pfennige zu verkaufen. Kann man denn z. B. Hoffnungen hegen, die CDU-Fraktion im Bundestag sei ernsthaft gegen die Vorherrschaft der Supermächte, weil sie sich gegen die Unterzeichnung der KSZE-Dokumente aussprach? Nein, denn in Wirklichkeit handelt es sich bei dem Bundestagsrummel um die KSZE um ein Scheingefecht zwischen den beiden großen bürgerlichen Parteien. Zwar entspricht es den Tatsachen, wenn die CDU/CSU feststellt, daß die russischen Sozialimperialisten gefährlich sind, daß sie Kriegsabsichten hegen und es Betrug ist, wenn die SPD den „Entspannungswillen" Moskaus beschwört. Aber Hoffnungen, daß die CDU/CSU für eine Politik der Unabhängigkeit unseres Landes eintritt, wären illusionär. Denn ob diese oder jene bürgerliche Partei an der Regierung ist: Sie macht stets die Politik, die den Interessen des Finanzkapitals entspricht. Und diese Interessen des Finanzkapitals heißen gegenwärtig: durch Zusammenarbeit mit den beiden Supermächten, mit dem US-Imperialismus vor allem, aber auch mit dem russischen Sozialimperialismus den westdeutschen Imperialismus zu stärken.

Unser Volk aber will weder die Knute der einen noch die der anderen Supermacht in seinem Nacken, sondern es will frei und unabhängig sein. Diese Freiheit kann es nur erreichen im Kampf gegen den Imperialismus, im Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte, wie im Kampf auch gegen den westdeutschen Imperialismus. Auf diesem Weg wird unsere Partei das Proletariat, das ganze deutsche Volk, führen, um so die ausländischen Besatzer in Ost und West sowie die westdeutschen Imperialisten und die ostdeutsche neue Bourgeoisie davonzujagen für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Die Partei wird dazu in den kommenden Wochen verstärkt den Schwindel der KSZE entlarven und Aktionen gegen dieses Friedenstheater der beiden Supermächte durchführen, um dem deutschen Volk zu zeigen, wo seine Feinde stehen und ihm Mut zum Kampf zu geben.

'Sozialleistungen' sollen abgebaut werden

Fortsetzung von Seite 1

Auch die Leistungen des Staates für die arbeitenden Kollegen sollen stark gekürzt werden. Bauarbeitern z. B. soll das Schlechtwettergeld vom Staat gestrichen werden. Für alle Arbeiter und Angestellte soll die Lohn- und Gehaltsfortzahlung in den ersten sechs Krankheitswochen von 100 auf 90% herabgesetzt werden. Außerdem wird erwogen, daß die Krankenversicherten über ihre Versicherungszahlungen hinaus einen Teil der Krankheitskosten zahlen sollen. Weiterhin sollen zum Beispiel für viele Kollegen, die bisher alle paar Jahre mal eine Kur machen konnten, um ihre von der Arbeitshetze zerrüttete Gesundheit aufbessern zu können, die staatliche Unterstützung für die Kur gestrichen werden. Behinderten soll außerdem die Freifahrt mit öffentlichen Massenverkehrsmitteln genommen werden. usw. usf.

Schwer getroffen von den geplanten Maßnahmen werden auch die kleinen und mittleren Bauern sein. Bisher war der Staat verpflichtet, zu bestimmten Preisen die überschüssigen Produkte der Landwirtschaft aufzukaufen. Dies abzuschaffen bzw. einzuschränken, wird jetzt in Bonn erwogen. Gerade für die kleinen Bauern aber hatte diese Verpflichtung des Staates große Bedeutuhg. Denn wenn der Staat ihm nicht mehr zu festgelegten Preisen den Abkauf seiner Produkte garantiert, heißt das, daß er vollends den Nahrungsmittelmonopolen ausgeliefert ist, die ihn jederzeit bei Überschüssen erpressen können, seine Produkte fast zu verschenken oder darauf sitzen zu bleiben. Für weitere Millionen Bauern hieße das innerhalb kürzester Zeit den Ruin. Damit nicht genug, wird in Bonn auch noch erwogen, die Altershilfe für Landwirte abzuschaffen bzw. zu Ungunsten des Bauern umzuorganisieren.

Gestrichen werden sollen auch die staatlichen Zahlungen für Studenten und Schüler, die sogenannte Ausbildungsförderung. Nach den Vorstellungen der Bonner Ministerien sollen Schüler und Studenten im allgemeinen nur noch Darlehen erhalten, die sie dann nach Abschluß der Ausbildung zurückzahlen sollen.

Die Regierung schreit, daß man solche Leistungen eben nicht finanzieren kann, wenn kein Geld da ist. Aber ist es nicht so, daß die Steuern, die wir Werktätigen zu zahlen haben, immer höher getrieben worden sind und bald schon wieder erhöht werden sollen? Ist es nicht so, daß der Staat durch höhere Preise bei Gas, Wasser, Strom, Fahrpreisen usw. uns immer mehr ausplündert? Andererseits aber sind es Milliarden und Abermilliarden, die dem Monopolkapital durch den Staat in die Tasche geschoben werden, sei es unter dem Vorwand der „Arbeitsplatzbeschaffung", der „Konjunkturspritze" oder der „Forschungszuschüsse".

Gibt es im kapitalistischen Staat das Recht der Monopolkapitalisten auf Profit, so gibt es für die Werktätigen das „Recht" auf Ausbeutung und Ausplünderung, Elend und Unterdrückung. Soweit es darüber hinaus Rechte für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen im Kapitalismus gibt, so nur in dem Maße, wie die Arbeiterklasse sie sich im Kampf gegen das Kapital und seinen Staatsapparat erkämpfen kann. Und auch das nur in den Grenzen, die die kapitalistische Herrschaft setzt. All die Rechte und Leistungen, die jetzt abgebaut werden sollen, sind Rechte und Leistungen, die die Arbeiterklasse sich erkämpft hat – und die die Bourgeoisie vorübergehend akzeptieren mußte, um ihr „demokratisches und soziales Mäntelchen" zu wahren. Je mehr sich aber die Krise verschärft, die für die Bourgeoisie verstärkte Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse bedeutet, um die Lasten auf die Arbeiter und alle Werktätigen abzuwälzen, desto energischer und entschiedener geht der kapitalistische Staatsapparat daran, diese Rechte zu beseitigen und sein Mäntelchen von „Demokratie und Sozialstaat" durch immer offenere Diktatur und Unterdrückung zu ersetzen. Dem entspricht auch, daß die Ausgaben des Staatsapparates für die Sicherung der Herrschaft der Bourgeoisie, für die Unterdrückung der Werktätigen ständig in ungeheurem Maße gestiegen sind. So wurden beim Bundeskriminalamt die Planstellen seit 1969 verdoppelt, die Ausgaben um 484,4% (!) gesteigert, für den Verfassungsschutz werden 153% mehr ausgegeben und für die Umwandlung des Bundesgrenzschutzes in eine Bundespolizei, die direkt als Bürgerkriegsarmee gedrillt wird, wurden 112% mehr Mittel ausgegeben.

Damit tritt – trotz aller Demagogie der Bourgeoisie – für die Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen immer deutlicher im täglichen Leben zutage, was Lenin bereits über den imperialistischen Staat gesagt hat; daß er ein Paradies für die Ausbeuter und ein Zuchthaus für die Arbeiterklasse ist. Erst die proletarische Revolution, die Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates und damit das Zerbrechen der Herrschaft der Bourgeoisie, wird die Grundlage dafür legen, einen Staat aufzubauen, in dem die Ausbeutung abgeschafft, die alten Ausbeuter unterdrückt und ein Staatsapparat errichtet wird, der zum Wohl und im Dienste der werktätigen Massen eine neue Gesellschaft aufbaut: die Diktatur des Proletariats.

Herr Lange aus Lüneburg

Gefoltert in der DDR

Der Frühinvalide Klaus Lange machte seinen Urlaub an der Elbe. Bei einer Schlauchbootfahrt auf der Elbe wurde er durch Motorboote abgetrieben, so daß er am anderen Ufer, auf dem Territorium der DDR aussteigen mußte. Was dort mit ihm geschah, gibt einen deutlichen Einblick, wie es für das Volk im „Paradies der Werktätigen" tatsächlich aussieht.

Der Rentner Lange wurde, lediglich mit einer Badehose bekleidet, unter Schlägen in einen Jeep verfrachtet und abgeführt. Es folgten endlose Verhöre durch den Staatssicherheitsdienst. Er sollte „zugeben", daß er ein Spion sei. Seiner Beteuerung, daß er völlig unfreiwillig in der DDR gelandet sei, wurde keine Aufmerksamkeit geschenkt. Die Verhöre liefen Tag und Nacht, er sollte nicht zur Ruhe kommen. Während der Verhöre blendeten sie ihn mit Schreibtischlampen und versuchten ihn mit Erpressungen wie „Sie kommen nie wieder hier raus", einzuschüchtern. Wenn er nachts für kurze Zeit in seine Zelle gebracht wurde, schalteten sie alle paar Minuten grelles Licht an und aus, so daß Lange keinen Tag länger als eine Stunde zum Schlafen kam – und das 16 Tage lang. Wenn er nach solch einer Nacht dann morgens um 5 Uhr vor den Gefängniswärtern nicht „strammstehen" wollte, warfen sie ihn mit dem Kopf an die Heizungsrohre oder rissen ihm Haare aus.

Was dann folgte, kennen wir auch als bewährte Methode des faschistischen Schah-Regimes:

Der gefolterte, völlig erschöpfte Lange wurde dann gezwungen, im DDR-Fernsehen „Selbstkritik" zu üben. Er mußte erzählen, wie gut es ihm in der Haft gegangen sei, und daß er inzwischen zu der Meinung gekommen sei, daß die Grenze zur DDR in der Flußmitte der Elbe verlaufe. Als Lange im Text von Westdeutschland sprach, wurde die Aufnahme wiederholt und er mußte BRD sagen. (Damit sollte die Theorie der „zwei deutschen Nationen" untermauert werden).

Nach dieser Fernseh„selbstkritik" folgte nun die Verurteilung Langes wegen „vorsätzlicher Verletzung der Staatsgrenze zur DDR" zu fünf Wochen Gefängnis mit Bewährung. Er wurde sofort nach Westdeutschland abgeschoben.

Folterungen, Erpressung von „Geständnissen", erpresste öffentliche Erklärungen, das alles sind nicht die Methoden eines sozialistischen Landes, sondern es sind die Methoden einer faschistischen Diktatur. Das sind die Methoden von Räubern und Betrügern, die gegenüber dem Volk die Maske von Kommunisten aufzusetzen versuchen. Deshalb mußte der Werktätige Lange, den sie in Wirklichkeit gefoltert und gequält haben, sagen, er sei gut behandelt worden. Und deshalb sitzen so viele politische Gefangene in der DDR, die man offiziell nicht wegen ihrer politischen Ansichten, wegen ihres Kampfes gegen das sozialfaschistische Regime einkerkert, sondern wegen „Rowdytums" –, um damit einen Schleier über die brutale politische Unterdrückung zu breiten. Die 16 Genossen der GRF, die kürzlich in Ostberlin im Gefängnis saßen, wurden ebenfalls wegen „Rowdytums" abgeurteilt.

Aber der Schleier zerreißt immer mehr, denn man kann einem Volk nicht vormachen, für seine Interessen zu sein und in Wirklichkeit die Interessen des Sozialimperialismus gegen das Volk mit faschistischem Terror durchsetzen. Auch in der DDR wird das Volk sich erheben gegen die sozialimperialistischen Besatzer und gegen die neue DDR-Bourgeoisie.

Eisenbahnunglück

Fortsetzung von Seite 1

Das Zustandekommen des Unglücks selbst zeigt entgegen der Stellungnahme der Bundesbahndirektion, das nicht der Lokführer, sondern die „Sicherheitsvorkehrungen" der Bundesbahn für das Unglück verantwortlich sind. Die Strecke, die von der Bundesbahndirektion als „eine der sichersten" im Bundesgebiet bezeichnet wird, ist mit einer sogenannten „induktiven Zugsicherung" ausgerüstet. Das heißt, daß ein Zug, der ein Haltesignal überfährt, automatisch gebremst wird. Nun, der Personenzug hatte ein Haltesignal überfahren und er wurde auch automatisch gebremst, dennoch raste er mit 80 km pro Stunde in den Güterzug. Der Grund: Die Bremsstrecke der automatischen Bremssicherung war von der Bundesbahn auf 250 Meter berechnet worden, während Fachleute feststellten, daß eine Bremsstrecke von 400 Metern notwendig ist. Deshalb „rutschte" der Zug bremsend in den Güterzug hinein.

Doch über diese Tatsache geht die Bundesbahn mit Schweigen hinweg. Sie sagt, der Lokführer sei schuld, weil er das Haltesignal überfahren habe, die automatische Bremssicherung, die versagt habe, sei ja schließlich nur eine zusätzliche Sicherung. Nicht einmal das aber entspricht ohne weiteres den Tatsachen: Denn der Lokführer hat zumindest die sogenannte „Wachsamkeitstaste", die ihn an seinem Armaturenbrett auf das Haltesignal aufmerksam macht, betätigt. Im Übrigen aber hat der Lokführer nicht einmal dazu Stellung beziehen können, da er noch unter schwerer Schockeinwirkung stand. Das aber auszunutzen, um die Bundesbahnleitung und die „Sicherheitsvorkehrungen" der Bundesbahn reinzuwaschen, ist eine Unverschämtheit.

Nicht anders war das vor zwei Wochen bei einem Eisenbahnunglück in Hannover. Der Nahverkehrszug nach Lehrte fuhr an der Schranke Nackenberger Straße in einen PKW. Ein 66jähriger Mann, der das Auto fuhr, starb. Die Schranke war nicht geschlossen gewesen, als der Zug durchfuhr. Am nächsten Tag stand dann in der Zeitung, daß der Schrankenwärter den Zug übersehen oder vergessen hätte. Zu deutsch: Er hätte die Schranken nicht geschlossen, es wäre also seine Schuld. Scheinheilig erklärte ein hoher Bundesbahnbeamter noch, man könne sich das nicht erklären, der Kollege wäre doch immer sehr zuverlässig gewesen. Tatsache ist jedoch, daß hier vorschnell ein Schuldiger gesucht und gefunden wurde. In derselben Zeitung stand nämlich, daß der Schrankenwärter noch nicht vernehmungsfähig wäre. Woher also das Wissen, daß er den Zug „vergessen" hätte? Denn z.B. am 24. 11. 1973 ereignete sich an der Nackenberger Schranke dasselbe: Die Schranke war offen, ein Zug fuhr durch. Selbst die Bundesbahndirektion mußte damals zugeben, daß die Schranke „vorübergehend blockiert" habe. Ein Bahnlehrling aus Barsinghausen z.B. berichtet, daß dort die Schranken im Jahr 15 bis 20 Mal offen bleiben, wenn ein Zug durchfährt. Die Ursache: technische Panne.

Tatsächlich aber ist es so, daß ohne Schwierigkeiten das gesamte Eisenbahnwesen technisch so gut wie vollkommen sicher sein könnte. Pläne dafür liegen bereits seit langem vor, doch Bundesbahn wie Bundesregierung sind nicht bereit, für die Sicherheit der Fahrgäste dieses Geld zu investieren. **Stattdessen wird die Frage der Sicherheit auf den Rücken der Lokführer, Schrankenwärter, Fahrdienstleiter usw. abgeladen. Entsprechende Sicherheitsanlagen werden „ersetzt" durch tausenderlei Anordnungen, Paragraphen und Bestimmungen für die Angestellten, die keinen anderen Sinn haben, um sie schließlich für die Unfälle verantwortlich machen zu können. Wobei zugleich die Zahl der Beschäftigten ständig reduziert wurden und weiterhin reduziert werden sollen. So sind für die nächste Zeit bereits 10 000 Entlassungen bei der Bundesbahn angekündigt. Angesichts dessen ist das Reklamegeschrei der Bundesbahn „Sicher mit der Bundesbahn", ist die Propaganda von technischer Sicherheit sowie das Gerede vom „menschlichen Versagen" üble Verlogenheit. Nicht „der Mensch" versagt, sondern das kapitalistische Eisenbahnwesen.**

Kurz berichtet

FRIEDRICHSHAFEN

Genossen aus Friedrichshafen berichten, daß dort auf einem politischen Frühschoppen der Partei eine Resolution zur Solidarität mit den türkischen Kollegen von Fürth verabschiedet wurde, die von 4 deutschen und 2 italienischen Kollegen und Genossen unterstützt wurde. Dieser Resolution schlossen sich aus einem Kleinbetrieb weitere 5 deutsche und 3 türkische Kollegen an. Ein kleiner Betrag wurde gesammelt und an die Familien der verhafteten türkischen Kollegen geschickt.

DÜSSELDORF

Am 5. 7. 75 fand in Düsseldorf eine Veranstaltung zur Entlassung des Roten Betriebsrats bei Mannesmann-Rath, Uwe B. statt. Mehrere ausländische Kollegen und deutsche Sympathisanten, die aus diesem Anlaß zum ersten Mal eine Veranstaltung der Partei besuchten, waren erschienen. Zwei Genossen der GRF unterstützten die Veranstaltung und verlasen eine Grußadresse der Ortsleitung der GRF (KPD). Ein Genosse, der zu den Roten Betriebsräten von KHD in Köln gehört, berichtete über den Kampf der Roten Betriebsräte und über die ständigen Sabotageversuche durch die alten Betriebsräte. In einem weiteren Referat und Berichten von Genossen wurde dann auf den Kampf bei Mannesmann-Rath eingegangen.

Eine Gruppe ausländischer Kollegen übergab 20 DM, die sie auf eigene Initiative im Betrieb gesammelt hatten. So wurden mit der Sammlung auf der Veranstaltung insgesamt 100 DM zur Unterstützung des Kampfes gesammelt.

Zum Schluß wurde noch unter grossem Beifall ein Brief an den Genossen Hubert ins Gefängnis geschickt.

MÜNCHEN

Weil er am Streik der Psychologie-Studenten gegen ihre schlechten Studienbedingungen teilgenommen hat, soll Stephan Eckert von der Universität gewiesen werden. Gegen diese drohende Relegation nahmen der KSB/ML und der KSV in einer Aktionseinheit den Kampf auf.

BONN

Am 26. 7. 75 fand in Bonn eine Kundgebung gegen die KSZE und den bevorstehenden Fordbesuch in Westdeutschland statt. Die Partei und die GRF hatten zu dieser Kundgebung aufgerufen, um vor der drohenden Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte USA und Sowjetunion zu warnen und auf die Notwendigkeit des Kampfes gegen die beiden Supermächte hinzuweisen.

Die Kundgebung an der ungefähr 100 Genossen und Freunde teilnahmen, stieß auf großes Interesse bei der Bonner Bevölkerung. Es fanden zahlreiche, zum Teil sehr hitzige Diskussionen statt, in denen die Frage der drohenden Kriegsgefahr erörtert wurde. Es wurden zahlreiche Flugblätter verteilt; die Genossen der Partei konnten eine Reihe Roter Morgen verkaufen.

In der letzten Woche fanden in allen wichtigen Orten in Nordrheinwestfalen ähnliche kleinere Kundgebungen statt.

Ähnliche Kundgebungen fanden in kleineren Rahmen in vielen Städten Nordrheinwestfalens statt. Zusätzlich standen auch – wie zum Beispiel in Dortmund – die Arbeitertreffs der Partei unter dem Thema des Kampfes gegen die wachsende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte.

Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN liegt eine Beilage bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,– DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Tarifrunde

IGM - Apparat richtet seine Reihen aus

Die Tarifkommission der Arbeiter und Angestellten der Eisen- und Stahlindustrie NRW hat getagt, um die diesjährigen Tarifauseinandersetzungen vorzubereiten, denn zum Jahresende laufen die meisten Tarife aus, der Lohn- und Gehaltstarif bereits am 15. Oktober. Um die Funktionäre auszurichten, hat die Ortsverwaltung Dortmund an alle Funktionäre der Eisen- und Stahlindustrie ein Schreiben geschickt mit sogenanntem „Hintergrundmaterial", um den Funktionären „eine Übersicht über die volkswirtschaftlichen Daten der Gegenwart zu übermitteln".

Die Funktionäre werden aufgerufen, das beiliegende Material sorgfältig zu sichten. „Es soll jeden Funktionär in die Lage versetzen, in der betrieblichen Diskussion zu bestehen", die die Gewerkschaftsführer jetzt auf der Westfalenhütte (Hoesch) beginnen wollen. Solche Diskussionen dienen dem Gewerkschaftsapparat dazu, die Lage unter den Kollegen festzustellen, um eine richtige Taktik zu entwickeln, damit sie möglichst reibungslos die Kollegen betrügen können. Gleichzeitig benutzen sie diese Diskussionen dazu, ihr Gift unter die Arbeiter zu tragen, das die Kollegen zu „maßvollen" Forderungen und zur Ruhe bringen soll.

„Wenn die Tarifbewegung im Ganzen gesehen werden soll, dann dürfen die wirtschaftlichen Fakten und Daten nicht außer Acht gelassen werden", heißt es in dem Papier. Was die Gewerkschaftsbonzen damit bezwecken, ist klar. Die Arbeiter sollen angesichts der Krise, in der sich der Kapitalismus befindet, keine „zu hohen" Forderungen stellen und auf keinen Fall für ihre Interessen kämpfen. In unverschämter Art und Weise bringen sie durch ihr „Hintergrundmaterial" zum Ausdruck, uns ginge es ja noch am besten, deshalb hätten wir ja auch am allerwenigsten Grund, Forderungen zu stellen. Dazu fahren sie eine ganze Reihe Zeitungsschaubilder auf, die verdeutlichen sollen, wie gut es uns geht, gegenüber den Arbeitern in anderen Ländern. „Unser Lebensstandard ist hoch. In der Bundesrepublik herrscht sozialer Friede", schreiben sie und führen stolz an, daß in der Bundesrepublik fast am wenigsten Arbeitstage durch Streik verloren gegangen sind. Damit wollen sie natürlich sagen, daß nicht der Kapitalismus, sondern die Arbeiter, die für ihre Interessen kämpfen, schuld daran sind, daß die Wirtschaft in diesen Ländern am Boden liegt und die Lebenslage der Volksmassen so schlecht ist.

Der Betriebsrat bei Hoesch folgte natürlich sofort den Anweisungen seiner Herren und behauptete in einer Diskussion: „Die wirtschaftliche Lage brauche ich ja nicht zu schildern, es geht uns ja auch noch am besten, denn Hoesch hat als einziger Konzern keine Kurzarbeit eingeführt. Da jetzt viele Tarife gekündigt werden, müssen wir uns an der wirtschaftlichen Situation orientieren. Wenn wir zu hohe Forderungen stellen, haben wir die gesamte Öffentlichkeit, vom Rundfunk über Zeitung und Fernsehen gegen uns." Ein Vertrauensmann behauptete demagogisch: „Viele würden dann argumentieren, wir wollen die Wirtschaft kaputtmachen." Ein Kollege meinte: „Mir geht es nicht darum, über einen Urlaubstag oder sonst woher noch ein Prozent dazuzurechnen. Die Kartoffeln, das Brot usw. sind teurer geworden, das will ich zumindest wieder reinhaben."

Mit übelster Demagogie, z.B. durch hohe Lohnforderungen würde die Krise sich verschlimmern, will der Gewerkschaftsapparat die Arbeiter daran hindern, sich gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebenslage zur Wehr zu setzen und entsprechende Forderungen zu stellen. Die Arbeitslosigkeit hat bereits fast 5% erreicht, die Kurzarbeit hat auch ständig zugenommen und die Preissteigerungen sind angesichts dieser Verhältnisse nicht mehr zu ertragen. Einen richtigen Urlaub können sich nur noch 15% der Werktätigen leisten, das sind die Tatsachen, unter denen die Arbeiter zu leben haben, und gegen diese Zustände müssen sie sich wehren; dabei müssen sie aber den Gewerkschaftsapparat bekämpfen und sich entschlossen und unversöhnlich für ihre Interessen einsetzen.

Mannesmann - Huckingen

Kriegstreiber sichern keine Arbeitsplätze

10% Produktionseinschränkungen in diesem Jahr, Stillegung von zwei Siemens-Martin-Öfen, Kurzarbeit im August im Profilwalzwerk, Einstellungsstopp und Umbesetzungen sind die Auswirkungen der Krise im Mannesmann-Hüttenwerk in Duisburg-Huckingen. Schon 1974 war die Nachfrage nach Rohrsorten für die Auto- und Bauindustrie zurückgegangen, so daß die gesamten Aufträge bei Stahlrohren um 12% sanken, und im ersten Quartal von diesem Jahr fielen die Auftragseingänge im Vergleich zum Vorjahr sogar um 54%. Lediglich im Blasstahlwerk 1, in dem hauptsächlich Stahl für Großröhren produziert wird, läuft die Arbeit noch ohne Einschränkungen weiter.



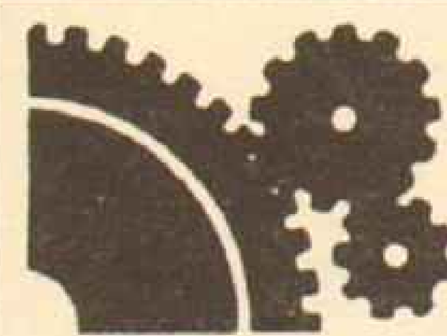
Parole vor dem Tor 1 bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen

Zum großen Teil gehen die Großröhren in die Sowjetunion. Die D„K"P-Knapp-Clique verkündet angesichts dieser Tatsache in ihrer Betriebszeitung „Roter Punkt" unter dem Titel „Ostverträge sichern Arbeitsplätze": „Unser Mühen um ein Europa des Friedens bedarf immer neuer Initiativen. Ein gutes Beispiel ist der aktivierte Handel mit unseren östlichen Nachbarn. Mit dem Großröhrenauftrag aus dem Röhrengeschäft UdSSR-Mannesmann sind nicht nur viele tausend Arbeitsplätze seit vielen Jahren gesichert, sondern eine der Möglichkeiten zur Sicherung des Friedens aufgezeigt." Gegen diese Lügen haben die Genossen der Betriebszelle bei Mannesmann Parolen an die Werkstore gemalt, die großes Aufsehen erregten: **„Kriegstreiber sichern keine Arbeitsplätze! Moskau will nur eins: Macht!"** Am Morgen wurde eine Betriebszeitung mit dem gleichen Titel verteilt.

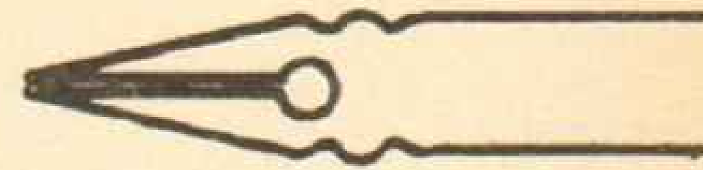
Was beabsichtigt die D„K"P-Knapp-Clique mit ihrer Demagogie? Natürlich bleiben die Arbeitsplätze der Kollegen im Stahlwerk länger erhalten, wenn Aufträge aus der Sowjetunion noch vorhanden sind, genauso wäre es aber auch, wenn ein anderes Land die Aufträge erteilen würde. Damit sind die Arbeitsplätze aber nicht sicher, sondern die Galgenfrist ist etwas verlängert. Die D„K"P-Knapp-Clique behauptet, die Sowjetunion sichert deshalb die Arbeitsplätze, weil sie ein sozialistisches Land sei, in dem es keine Krisen gebe. Die Sowjetunion ist aber kein sozialistisches Land, sondern in der Sowjetunion ist der Kapitalismus restauriert und deshalb ist auch die Sowjetunion von der Krise erschüttert. Nur entwickelt sich die Krise in den verschiedenen Ländern ungleichmäßig schnell, so daß die Sowjetunion noch in der Lage ist, solche Röhrenaufträge zu vergeben, wobei sie gleichzeitig die schlechte wirtschaftliche Lage anderer Länder ausnutzt, um wirtschaftliche Vorteile herauszuholen. **Die D„K"P will mit ihrer Demagogie den Charakter der Krise verschleiern, indem sie so tut, als könnte mit den Aufträgen aus Moskau die Krise überwunden werden. Die Krise ist aber ein Produkt des Kapitalismus und kann erst mit dem Sturz des Kapitalismus selbst abgeschafft werden.**

Indem die Sowjetunion Aufträge an westdeutsche Konzerne gibt, versucht sie natürlich auch ihren wirtschaftlichen Einfluß in Westeuropa auszudehnen und den Einfluß des US-Imperialismus zurückzudrängen. Der größte Teil der Aufträge, die Mannesmann hat, sind aus Moskau. Daran sieht man, in welcher Abhängigkeit Mannesmann sich bereits befindet. Die Sowjetunion benutzt diese wirtschaftliche Stellung natürlich als politisches Druckmittel.

Mit ihrer Demagogie, die Sowjetunion sichere Arbeitsplätze, dienen die modernen Revisionisten einerseits der westdeutschen Bourgeoisie, indem sie den Charakter der Krise verschleiern und die Arbeiter vom Kampf abzuhalten versuchen, andererseits dienen sie den russischen Sozialimperialisten. So behaupten sie sogar noch, die Aufträge aus Moskau dienen dem Frieden in Europa. Damit will die D„K"P die Wachsamkeit der Arbeiterklasse gegen die aggressive Supermacht Sowjetunion, die mit dem US-Imperialismus um die Vorherrschaft rivalisiert, abschwächen und dem russischen Sozialimperialismus den Weg für sein wirtschaftliches, politisches und militärisches Vordringen ebnen.



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

"Diese verfluchte Antreiberei und Ausbeutung muß ein Ende haben"

Die Unfälle in den Häfen häufen sich. Vor zwei Wochen kam im Bremerhavener Containerterminal ein Container samt Geschirr runter und fiel kurz vor den Dampfer auf den Kai. Durch Zufall wurde kein Kollege verletzt oder getötet. Ursache des Unfalls? Die BLG-Herren (Bremer Lagerhausgesellschaft) und ihre „Sicherheitsingenieure" zucken die Achseln. „Wahrscheinlich wieder irgend so ein Handwerker, der geschlafen hat", solche und ähnliche Ausreden haben sie immer parat. Daß aber die Anlagen rund um die Uhr im Einsatz sind und kaum Zeit ist sie zu warten, davon weiß keiner was. „Tonnen, Tonnen", so klingt es den Kollegen in den Ohren, „die bremischen Häfen müssen um jeden Preis konkurrenzfähig bleiben", so stimmen auch die ÖTV-Bonzen mit ein.

Da kommt z.B. ein Zellulosedampfer und wird auf Deubel komm' raus in einer Schicht leergeprügelt mit allen Kränen, die zur Verfügung stehen samt Bordgeschirr. Aus mehreren Schuppen werden die Heber zusammengeholt und dann geht's los: 30 Heber fahren auf den einen Dampfer, rasen in den Schuppen, die Pakete werden dort in drei, manchmal auch in vier Lagen hoch gestapelt. Aber trotzdem kommen sie gegen das Löschtempo nicht an. Am Kai steht dann alles voll und die Kollegen, die die Ballen auspicken müssen, müssen die Beine in die Hand nehmen, damit sie nicht von den abgehenden Paketen erwischt werden, sonst wird der Dampfer nicht mehr fertig in dieser Schicht.

Die hochgestapelten Pakete schwanken, wenn die Heber neue daraufsetzen. Ja, das ist so eine Schicht nach dem Geschmack der BLG-Herren und ÖTV-Bonzen, dann ist ihr Profit sicher. Vor wenigen Jahren erst kamen zwei Kollegen im Neustädter Hafen ums Leben, weil eine Ladung Zelluloseballen umfiel. Und die Konsequenz? Offiziell ist es natürlich nicht erlaubt, die Ballen so hoch zu stapeln, das sagen dann die ÖTV-Bonzen sogar, aber in Wirklichkeit kümmert sich die BLG und die ÖTV einen Dreck darum. Der Sicherheitsmensch, Kapitän Göbel, läuft durch den Schuppen, die Zelluloseballen fallen ihm bald auf den Kopf, aber er sieht nichts. Draußen hat ein Kollege den Helm abgesetzt – das sieht er und macht ihn gleich zur Sau. Diese verfluchte Ausbeuterei und Antreiberei muß beseitigt werden! Schuld ist dieses Ausbeutersystem, das tausende Kollegen auf dem Gewissen hat. Wenn die uns hetzen, Kollegen, machen wir in Zukunft mal eben halblang. Die werden schon sehen, wo sie mit ihren Computerzeiten bleiben. Lassen wir uns diese Antreiberei nicht mehr gefallen!

Still-Esslingen Hamburg

Streikerfolg in der Berzeliusstraße

Schon seit Jahren fordern die Kollegen aus der Abteilung 722 bei Still-Esslingen in Hamburg Maßnahmen gegen die unerträgliche Hitze. Auf der Betriebsversammlung im letzten Sommer wurde dieses Problem schon vorgebracht, aber nichts hat sich getan. Jetzt ist die Hitze in der Halle wieder derart unerträglich geworden, daß es den Kollegen gereicht hat. Nach dem Mittagessen haben alle Kollegen der Abteilung die Arbeit niedergelegt und gestreikt. Bis zum Feierabend wurde gestreikt, und dieser Kampf führte zum Erfolg. Sofort wurde mit dem Bau einer Berieselungsanlage begonnen. Jeden Tag wird jetzt ein Kaltgetränk zur Verfügung gestellt und die Streikstunden werden auch bezahlt. Dies ist ein grosser Erfolg, die Geschlossenheit der Kollegen ist gewachsen. Vor dieser Geschlossenheit unserer Kampffront haben die König & Co. berechtigte Angst, und deshalb stimmt es auch nicht, daß die Kapitalisten sich darüber freuen würden bzw. es sie nicht stören würde, wenn in Zeiten der verschärften Krise und bei Kurzarbeit gestreikt wird. Also nicht den Gürtel enger schnallen, zurückstecken und ruhig ansehen, wie unsere Rechte und unser Lebensstandard ständig abgebaut werden. Im Gegenteil, wir müssen uns noch enger im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger zusammenschließen.

Fensterputzerlehrlinge in ständiger Lebensgefahr

Vor Hunderten von Passanten stürzte ein Fensterputzerlehrling aus ca. 8 Metern Höhe ab. Manfred Sch., 16 Jahre alt, stürzte in einen Luftschacht am Postamt. Schwerverletzt wurde er in das Hamburger Hafenkrankenhaus eingeliefert.

Ich erfuhr, daß die Fensterputzerlehrlinge nicht nur auf das Übelste ausgebeutet werden, indem sie die gleiche Arbeit wie Gesellen selbständig leisten müssen, sondern daß auch ständig ihr Leben aufs Spiel gesetzt wird, wie das der Gesellen auch. Die Fensterputzer werden ständig angetrieben schneller zu arbeiten. Dabei können sie kaum an ihre eigene Sicherheit denken. Z. B. bei den Fahrkörben an der Außenfassade bei Hochhäusern. Diese Fahrkörbe haben eine Bremssicherung gegen das Umschlagen. Das erschwert allerdings die Beweglichkeit ziemlich stark, da die Körbe meistens mit der Hand bewegt werden müssen. Deshalb nehmen die Fensterputzer häufig die Gefahr des Umkippens auf sich, um ihre Akkorde zu schaffen, indem sie die Sicherung umgehen. Die Lehrlinge sind sogar noch besonders gefährdet, weil sie diese Gefahren überhaupt noch nicht kennen.

Revisionistisches

PRIVATSTRÄNDE FÜR DIE DDR-BOURGEOISIE

Während in den sozialistischen Ländern wie in der VR China und in der VR Albanien ein guter Erholungsurlaub für die Werktätigen zu den Maßnahmen gehört, denen der sozialistische Staat große Fürsorge widmet, zeigt sich auch am Urlaubsproblem, daß die DDR heute kein sozialistisches, sondern ein kapitalistisches Land ist. Ganze 8,5 Millionen Menschen aus der DDR, das ist die Hälfte der Bevölkerung, kann in diesem Jahr Urlaub machen. Während die Werktätigen nach einem Platz in einem Erholungsheim oder sogar auf dem Campingplatz an der Ostsee sozusagen Schlange stehen, müssen (300 000 Anmeldungen wurden zurückgewiesen), hat die neue Bourgeoisie ihren Urlaubsplatz sicher. Der gesamte Strand zwischen Ahrenshoop und Wastrow ist für ihre Bungalows und Privatgärten reserviert. Hier zeigt sich auch, was davon zu halten ist, wenn die D„K"P heute regelmäßig zur Sommerszeit ihre Propagandakampagnen gegen die „Strände der Krupp und Thyssen" veranstaltet. Es ist nichts als Rattenfängerei! Wie — auch im Bereich des Urlaubs — die „sozialistische" Wirklichkeit aussieht, wenn die D„K"P an der Macht wäre, zeigt die DDR.

ARBEITSLOSIGKEIT UND PREISSTEIGERUNGEN IN JUGOSLAWIEN

Je größer die Zahlen der Arbeitslosigkeit bei uns werden, desto häufiger verweist die D„K"P auf die „Sicherheit der Arbeitsplätze" in den von ihr als sozialistisch gepriesenen Ländern. Die Wirklichkeit sieht anders aus. So mußte kürzlich das Präsidium der Konferenz der Jugendliga in Jugoslawien darüber beraten, was angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit, besonders unter den Jugendlichen, zu tun ist. Auf dieser Konferenz wurde festgestellt, daß die Arbeitslosigkeit im Lande gegenwärtig 564 000 Personen ergriffen hat. Es versteht sich, daß in dieser Zahl die zahlreichen jugoslawischen Arbeiter, die gezwungen wurden in die Bundesrepublik auszuwandern, nicht eingerechnet sind. Aber nicht nur die Arbeitslosigkeit steigt in Jugoslawien, gleichzeitig sinkt der Lebensstandard der Werktätigen auch durch die galloppierende Teuerung. So stellte die jugoslawische Nachrichtenagentur „TANJUG" fest, daß im letzten Jahr die Lebenshaltungskosten um 24% gestiegen sind.

DISKRIMINIERUNG DER FRAU IN DEN LÄNDERN OSTEUROPAS

Glaubt man der „UZ" der D„K"P, so steht in den revisionistischen Ländern die arbeitende Frau gleichberechtigt neben dem Mann an der Maschine oder im Konstruktionsbüro. In Wirklichkeit jedoch wurde in diesen Ländern mit der Wiederherstellung des Kapitalismus auch die Diskriminierung der Frau wieder hergestellt. So läßt sich selbst aus den frisierten Zahlen der polnischen revisionistischen Presse entnehmen, daß der monatliche Durchschnittslohn der Frauen um 12% niedriger ist, als der der Männer. Und was die Gleichberechtigung auf sozialem Gebiet angeht, so sieht es da nicht anders aus. Die Zeitschrift „Tribuna Ludu" gibt zum Beispiel zu, daß im Vorjahr in 15 Textilbetrieben weniger als 6,3% der Meister Frauen waren.

Die allgemeine besondere Unterdrückung der Frauen in den Ländern des Warschauer Paktes ruft wie bei uns auch wachsende Empörung hervor. Und auch in der Demagogie, mit der zum Beispiel die polnische Regierung darauf antwortet, kann sie sich mit der bundesdeutschen Regierung durchaus messen. Ministerpräsident Jaroszewicz von Polen: die Frauen sollten duldsam sein, ihre Probleme würden demnächst gelöst . . .

Englischer Kommunist soll ausgewiesen werden

Gespräch mit Genossen Paul Pittam

Am 25. 7., einen Tag vor dem offiziellen Termin, an dem Paul Pittam nach England abgeschoben werden soll, sprach der ROTE MORGEN mit ihm. Genosse Paul ist aus privaten Gründen von England hierher gekommen. Er lebt jetzt bereits seit einigen Jahren hier. Welche Erfahrungen hat Genosse Paul hier in Deutschland gemacht?

Genosse Paul meint: „Ich habe hier in Deutschland zwei Arten von Deutschen kennengelernt. Auf der einen Seite die Kapitalisten. Sie habe ich zum Beispiel bei den Bentler-Werken in Bielefeld kennengelernt, wo ich zunächst gearbeitet habe. Damals wurden alle gezwungen, 10 Stunden zu arbeiten. Heute sind die Hälfte der Kollegen auf die Straße geworfen worden. Oder die Ford-Kapitalisten. Hier habe ich 1973 gemeinsam mit den türkischen Kollegen gekämpft und bin dann entlassen worden. Wie grausam die Kapitalisten bei ihrer Jagd nach dem Profit sind, daß sie dabei über Leichen gehen, dafür ist die Wacker-Chemie, bei der ich jetzt arbeite, ein Beispiel. Vor kaum zwei Jahren ist durch eine Explosion eine ganze Abteilung in die Luft geflogen. 3 Kollegen verbrannten dabei. Eine ständige Bedrohung für unsere Gesundheit ist die PVC-Krankheit, von der auch die Kollegen bei Wacker bedroht sind. Diese Art von Deutschen, die deutschen Kapitalisten, habe ich in den Jahren hier hassen, aber auch bekämpfen gelernt. Ich bin Kommunist geworden und habe auch meine Kollegen davon zu überzeugen versucht, daß ihr einziger Ausweg der gemeinsame Kampf mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution ist."



Paul Pittam — weil er Kommunist ist, muß er Deutschland verlassen

Warum soll Paul Deutschland verlassen? Genosse Paul ist der Bourgeoisie als Kommunist bekannt. Er war lange Zeit presserechtlich Verantwortlicher für die Partei in Köln. Im letzten Jahr wurde er zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er gegen eine Faschistenkundgebung in Köln gekämpft hat und auch vor Gericht für den Kommunismus eingetreten ist. Jetzt soll er aus dem gleichen Grund ausgewiesen werden.

Grundlage für diese Maßnahmen gegen Paul ist das reaktionäre Ausländergesetz. Die Bourgeoisie benutzt es hier wie auch im Falle des Genossen Sascha Haschemi, um einen Kommunisten, der für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland gekämpft hat, loszuwerden.

Der ROTE MORGEN fragte Genossen Paul, was die Partei bisher unternommen hat, um gegen seine Ausweisung zu kämpfen.

Genosse Paul berichtet: „Es wurden in Köln und Bielefeld, wo ich ebenfalls vier Jahre gewohnt habe, Flugblätter verteilt. Außerdem erschien ein weiteres Flugblatt vom Landesverband der Partei. In Köln führt die Partei den Kampf gemeinsam mit der „Gruppe Rote Fahne", die sich KPD nennt, mit der „Liga gegen den Imperialismus" und ausländischen Organisationen. Von diesen Organisationen wurde auch am Montag eine gemeinsame Veranstaltung durchgeführt, zu der 100 Menschen kamen. 234 DM wurden hier zu meiner Unterstützung gesammelt. Auch in Bielefeld wurde eine Veranstaltung durchgeführt, ebenfalls gemeinsam mit anderen Organisationen. In Köln und in Bielefeld hat der KBW eine Solidaritätsadresse verlesen.

Vor allem in Köln und in Bielefeld wurden auch Unterschriften für mich gesammelt. In Bielefeld sammelte zum Beispiel ein Genosse in einem Jugendheim, in dem die Rote Garde noch nie war, 30 Unterschriften, obwohl der Heimleiter ihn hinauswarf. Im Arbeiterjugendzentrum konnte ich auf einer Filmveranstaltung über meinen Fall sprechen und anschließend unterschrieben 45 Jugendliche eine Protestresolution.

Im Betrieb bei Wacker-Chemie in Köln waren die Kollegen ziemlich empört über meine Ausweisung. Sie konnten sich zum Teil gar nicht vorstellen, daß so etwas rechtlich überhaupt möglich ist. Von den 800 Mann, die im Betrieb arbeiten, haben rund 60 mit ihrer Unterschrift gegen meine Ausweisung protestiert. Am Donnerstag fand dann in Köln noch eine Demonstration statt mit einer Schlußkundgebung in der Straße, in der ich gewohnt habe. Daraufhin sind einige Leute aus ihren Wohnungen gekommen und haben sich in die Protestlisten eingetragen."

Die Partei hat hauptsächlich versucht, eine breite Solidaritätsfront mit Genossen Paul zu schaffen. Daneben wurden natürlich auch alle juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft. Der Kampf gegen die Ausweisung des Genossen wird auch nach dem offiziellen Termin, den die Stadt Köln gesetzt hat, weitergehen. Trotzdem wäre es falsch, sich Illusionen über den Erfolg des Kampfes zu machen.

Die Bourgeoisie wird mit allen Mitteln versuchen, Genossen Paul abzuschieben. Aber Genosse Paul wird sich auch dann nicht unterkriegen lassen. Für ihn ist es keine Frage, daß er in England den Kampf, den er hier begonnen hat, weiterführen wird, für die sozialistische Revolution, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Erfolg im Kampf gegen Berufsverbot

Horst Groos unterrichtet wieder

Im Kampf gegen das Berufsverbot gegen den kommunistischen Lehrer Horst Groos aus Reutlingen ist ein vorläufiger Erfolg errungen worden. Seit dem 2. Juni bereits unterrichtet Horst Groos wieder. Ein Verwaltungsgericht hatte die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs, den Horst Groos gegen seine Entlassung erhoben hatte, wieder in Kraft gesetzt.

Dieser Entscheid des Verwaltungsgerichts ist ein eindeutiger Erfolg des Kampfes, den die Partei, die Rote Garde, die RHD und das Komitee gegen Berufsverbote geführt haben. Auch nachdem Horst Groos bereits entlassen war, wurden weiter die Dokumentationen zu den Berufsverboten verkauft, Unterschriften gesammelt (inzwischen 2 000) und schließlich am 5. 6. eine Elternversammlung durchgeführt. Zu dieser Elternversammlung erschienen 6 Eltern von Kindern, die Horst und seine Frau Renate unterrichtet hatten, obwohl vor Beginn des Elternabends der Elternvertreter der Schule, ein SPD-Stadtrat, versuchte, die Eltern vom Besuch der Veranstaltung abzuhalten.

Die Eltern waren sich darüber einig, daß Horst Groos Lehrer bleiben muß und wieder an der alten Schule, an der ihre Kinder sind, unterrichten soll. Denn Horst Groos ist zwar seit dem 2. Juni wieder an der Schule, aber er mußte an einer anderen Schule als seiner früheren eine Krankheitsvertretung übernehmen. Ihm wurde zwar zugesichert, daß er nach den Sommerferien wieder an seine alte Schule kommt, wenn er nicht in der Zwischenzeit in einem gegen ihn anstehenden politischen Strafverfahren verurteilt wird. Der Rektor dieser Schule aber hat bereits erklärt, daß er die Vollziehung der Entlassung von Horst Groos fordert, weil von den Eltern „harte Reaktionen" zu erwarten seien.

Gegen wen von den Eltern „harte Reaktionen" zu erwarten sind, wird sich zeigen. **Auf dem Elternabend wurde jedenfalls eine Resolution diskutiert, die fordert, daß Horst Groos wieder an die Mörike-Schule kommt. Mit dieser Resolution werden nun auch die anderen Eltern, die nicht auf der Versammlung waren, besucht werden. Der Kampf gegen die Berufsverbote in Reutlingen geht weiter.**

Vom Aufbau des Sozialismus

URLAUBSZEIT IM SOZIALISTISCHEN ALBANIEN

Während bei uns in der Bundesrepublik für viele Familien, besonders bei mehreren Kindern, ein Urlaub höchstens alle paar Jahre einmal erschwinglich ist, wird im sozialistischen Albanien von der Partei der Arbeit, von den Gewerkschaften und vom sozialistischen Staat viel Sorgfalt darauf verwandt, den Werktätigen einen guten Erholungsurlaub zu bieten.

Ein Korrespondent von Radio Tirana sprach in diesen Tagen in einem Holzkombinat im Bezirk Elbasan mit dem Vorsitzenden der dortigen Gewerkschaftsorganisation über das Urlaubsproblem.

„Auch dieses Jahr", sagte der Vorsitzende der Gewerkschaftsorganisation, „haben und werden viele Arbeiter unseres Holzkombinats ihgen Urlaub in den Ferienheimen in allen Teilen des Landes verbringen. Jeder Arbeiter, der den Wunsch hat, seinen Urlaub in einem solchen Ferienheim zu verbringen, stellt bei seiner Gewerkschaftsorganisation einen schriftlichen Antrag und gibt den Termin und den Ort an, wann und wo er seinen Urlaub verbringen möchte. Über seinen Antrag wird dann auf der Versammlung der Gewerkschaftsorganisation entschieden.

Drei Viertel der Kosten des Urlaubs trägt der Staat. Im Vergleich zu einem Monatslohn eines Arbeiters betragen die Kosten ein Fünftel des Lohnes. Das gilt für die Sommerperiode, während in anderen Jahreszeiten von den Arbeitern nur ein Siebtel oder ein Neuntel bezahlt wird. Außer den Ferienheimen für Arbeiter gibt es in den schönen Kurorten eine Menge von Touristikzentren, Hotels und Villen, wo die Arbeiter ihren Urlaub verbringen können.

In besonderem Maße wird für die Kinder der Arbeiter gesorgt. Viele von ihnen verbringen ihre Ferien in nationalen Ferienheimen, andere in Tagesurlaubszentren, die neben den Betrieben und landwirtschaftlichen Genossenschaften eingerichtet sind."

Einer der Arbeiter des Kombinats kam gerade aus dem Urlaub zurück. Er erzählte: „Vor einigen Tagen bin ich aus meinem Jahresurlaub zurückgekommen, den ich in Korca verbrachte, in einem Heim, das in diesem Jahr auf den Hügeln dieser Stadt errichtet wurde. Es war das erste Mal, das ich meine Ferien in einer Berggegend verbrachte. In diesem Erholungsheim waren auch andere Arbeiter aus unserem Holzkombinat, daneben aber auch Werktätige aus anderen Bezirken des Landes. Es waren dort Bergwerkskumpel, Bauschaffende und Montagearbeiter der großen Werke, die überall in Albanien errichtet werden. Ich freundete mich mit mehreren von ihnen an. Sie erzählten über ihre Arbeitsbedingungen und das glückliche Leben, das sie heute genießen. Wir Arbeiter fühlen immer deutlicher die Vorteile, die der Sozialismus uns bietet. Wir erkennen klar, daß der Wohlstand der werktätigen Massen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit unserer Partei und unseres Staates steht und nicht der einer privilegierten Schicht wie es in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern der Fall ist. So ist es für mich nicht das erste Mal, daß ich Ferien in den Erholungsheimen der Arbeiter verbringe. Im vergangenen Jahr war ich zusammen mit meiner Frau und meinem kleinen Kind im Arbeitererholungsheim am Badestrand von Durres an der Adria. Davor war ich einige Male in solchen Heimen wie in Permet, in Pogradec und anderswo."

Eine gefährliche Tendenz in der 'Roten Fahne'

Duldung der US-Besatzertruppen?

Wir haben in der letzten Zeit mehrfach hervorgehoben, daß die Gruppe Rote Fahne (GRF), die sich selbst KPD nennt, in einigen Punkten falsche Positionen aufgegeben hat und sich in diesen Fragen auf Positionen des Marxismus-Leninismus gestellt bzw. sich ihnen angenähert hat. In der Roten Fahne (RF) Nr. 28/75 wurde jetzt ein Artikel absolut entgegengesetzter Tendenz veröffentlicht. Er trägt die Überschrift „Gegen die Supermächte kämpfen, dem Pazifismus eine Absage erteilen!". Die in diesem Artikel entwickelten Positionen, von denen wir nicht hoffen, daß sie zur Linie der GRF werden, laufen nämlich auf die Kapitulation vor dem US-Imperialismus, auf die Einstellung des antiimperialistischen Kampfes und auf die sozialchauvinistische Unterstützung der westdeutschen Monopolbourgeoisie hinaus.

Der Autor des RF-Artikels tritt dafür ein, die Anwesenheit der US-Truppen in Westdeutschland „noch zeitweilig zu dulden". Er begründet das damit, „daß die europäischen Länder keine genügende eigene Verteidigungskraft besitzen, um einen militärischen Angriff des sowjetischen Sozialimperialismus, dem Hauptfeind der europäischen Völker und Staaten, erfolgreich zu begegnen". Mit anderen Worten, um den russischen Sozialimperialisten Stand halten zu können, muß man sich auf den US-Imperialismus stützen. Damit vertritt der RF-Artikel im Grunde genau die Methode der Drohung und Einschüchterung, wie sie auch von den Supermächten angewandt wird und wie sie Genosse Enver Hoxha in seiner wichtigen Rede vom 3. Oktober 1974 wie folgt beschrieb: ***„Die Kriegspsychose und die Angst wird von den Supermächten gezüchtet. Zur Rettung vor dieser Psychose und Drohung werden mit großem Lärm zwei Schirme propagiert, ein amerikanischer und ein sowjetischer, zwischen denen man wählen muß, wenn man überleben will."*** Von dieser Haltung, daß die Völker keine andere Wahl haben als sich der einen oder anderen Supermacht anzuvertrauen, geht der RF-Artikel aus. So werden Kämpfe der Volksmassen, gegen den US-Imperialismus, wie beispielsweise der Kampf der Nordhorner Bevölkerung gegen die Nato-Truppenübungsplätze, als schädlich, weil angeblich objektiv im Sinne des russischen Sozialimperialismus, diffamiert. Der Autor des RF-Artikels erklärt sogar ausdrücklich die Notwendigkeit, die Massen vom Kampf gegen die US-Besatzertruppen abzuhalten:: „Wir erziehen die Volksmassen also im praktischen Kampf, daß sie heute die Vertreibung der USA-Truppen nicht ehrlich wollen können, so verhaßt der US-Imperialismus ihnen auch ist . . ." Die GRF müßte nach Ansicht dieses Artikels den gegen die US-Truppen kämpfenden Massen also erklären: „Haltet ein, sonst seid ihr schutzlos dem Sozialimperialismus ausgeliefert." Es ist klar, daß das in der Konsequenz nichts anderes bedeutet als Resignation, Ohnmacht und Kapitulantentum gegenüber beiden Supermächten unter den Massen zu verbreiten.

Was sind dagegen tatsächlich die Aufgaben der Kommunisten? – Natürlich ist es falsch und wäre im Interesse des russischen Sozialimperialismus, die Forderung nach **einseitigem** Abzug der US-Truppen aufzustellen. Wir müssen in ganz Deutschland, besonders natürlich in der DDR, den russischen Sozialimperialismus als Hauptfeind bekämpfen. Genauso aber müssen wir den Kampf gegen den US-Imperialismus führen. Wir müssen der wachsenden Bewegung gegen die US-Besatzertruppen unsere volle Unterstützung zuteil werden lassen. Dabei ist es aber die Pflicht der Kommunistischen Partei, die Massen zum Kampf gegen beide Supermächte zu erziehen, in der Bewegung gegen den US-Imperialismus einen schonungslosen Kampf gegen den modernen Revisionismus zu führen. Wenn die Bewegung gegen den US-Imperialismus und seine Besatzertruppen auf dieser revolutionären Linie einen Aufschwung nehmen würde, würde das eine große Stärkung der Kräfte der Revolution in unserem Land bedeuten. Wenn diese Bewegung stark genug wäre, die US-Truppen vom Boden unseres Landes zu vertreiben, wäre dies ein großer Sieg des Volkes, der keineswegs dem Sozialimperialismus das Tor zum Einmarsch nach Westdeutschland öffnen würde. Denn diese starke revolutionäre Volksbewegung gegen den US-Imperialismus würde unter der Führung der Partei und auf der Grundlage ihrer revolutionären, marxistisch-leninistischen Linie zweifellos genauso heldenhaft und letztlich genauso siegreich gegen den russischen Sozialimperialismus kämpfen. **Das ist die klare revolutionäre Haltung in dieser Frage, die auf der Erkenntnis beruht, daß nur das Volk die Triebkraft der Geschichte ist.** Für den Autor des RF-Artikels aber zählt das Volk nichts, für ihn bestimmen ausschließlich die Beziehungen und das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten die Entwicklung.

Genosse Ernst Aust hat in seiner Kieler Rede die Aufgaben der imperialistischen Armee vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus zusammengefaßt: *„a) der Schutz, die Verteidigung des Besitzes der Kapitalisten, die Aufrechterhaltung ihres Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; b) die Unterdrückung des eigenen Volkes im Falle eines revolutionären Aufstandes; c) als Aggressionsinstrument im Falle eines imperialistischen Krieges zu dienen."* (S. 44).

Diese marxistisch-leninistische Auffassung zur imperialistischen Armee wird in dem RF-Artikel vollständig auf den Kopf gestellt. So wird der Unterschied zwischen imperialistischer Armee und Volksarmee völlig verwischt, indem beispielsweise an einer Stelle den US-Truppen praktisch empfohlen wird, die drei Hauptregeln der Disziplin der chinesischen Volksbefreiungsarmee anzuwenden. Daß der Autor des RF-Artikels nicht vom Klassencharakter der imperialistischen Armee, von der Tatsache, daß sie ein Instrument der Monopolbourgeoisie ist, ausgeht, zeigt sich auch an anderer Stelle. Dort erklärt er – offensichtlich im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Volksbewaffnung – man müsse „mit aller Entschiedenheit gegen das staatliche Gewaltmonopol und seine Erweiterung und gegen die Trennung der Volksmassen vom Waffenhandwerk kämpfen". Was der RF-Artikel leider verschweigt, ist die Tatsache, daß dieses „staatliche Gewaltmonopol" darin begründet ist, daß es sich um einen Staat der Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk handelt. Die Bundeswehr ist ein Instrument der westdeutschen Monopolbourgeoisie – diese Tatsache ist für den Autor des RF-Artikels offensichtlich von keiner Bedeutung. Gestützt auf den US-Imperialismus will er die europäischen Imperialisten, also konkret den westdeutschen Imperialismus, stärken. Da kann er natürlich nicht die imperialistische Bundeswehr bekämpfen. Also schlägt er sich reuevoll an die Brust und ruft auf: „Weg von der Zersetzungslinie! . . . je schwächer die Bundeswehr, desto besser für den Sozialimperialismus."

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: **Selbstverständlich ist es falsch, den westdeutschen Imperialismus und die Bundeswehr als Hauptkriegsgefahr zu bekämpfen damit würde man sich im Grunde schützend vor die beiden Supermächte stellen, ihnen – vor allem dem russischen Imperialismus einen großen Dienst erweisen, der Sache der nationalen und sozialen Befreiung unseres Volkes aber schweren Schaden zufügen. Genauso falsch ist es aber, über den Kampf gegen die zwei Supermächte zu ‚vergessen', daß auch die Bundeswehr eine imperialistische Armee ist.** Und man kann den Pazifismus nicht dadurch bekämpfen, daß man für die imperialistische Armee Reklame macht, sondern nur dadurch, daß man die Massen im Geiste der gewaltsamen Revolution erzieht. Der Kampf der Kommunisten in der Bundeswehr kann allerdings nicht einfach abstrakt die Schwächung dieser Armee zum Ziel haben. Vielmehr muß der Kampf sich gegen die Bundeswehr als Bürgerkriegsarmee gegen das eigene Volk und als Aggressionsinstrument gegen andere Völker richten. Was Anstrengungen der westdeutschen Monopolbourgeoisie zur Verteidigung des Landes betrifft, sind wir nicht gegen sie. Es ist in dieser Frage aber unsere Pflicht, Illusionen in der Frage, ob die Bundeswehr in der Lage ist, die Aufgabe der Verteidigung der Nation zu übernehmen, zu bekämpfen. Wir müssen den Kameraden also erklären, daß eine imperialistische Armee wie die Bundeswehr die Nation nicht gegen die beiden Supermächte verteidigen kann, daß die Arbeiterklasse auch im Kampf für die nationalen Interessen die Führung übernehmen muß. **Es ist dabei unser Ziel, auch Teile der Bundeswehr für den konsequenten Kampf zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegen die beiden Supermächte zu gewinnen.** Darüber hinaus haben wir nach wie vor das Ziel, die Soldaten, vor allem die Arbeiter und Bauern für die Idee der gewaltsamen proletarischen Revolution und den Kommunismus zu gewinnen. Diese revolutionäre Politik schwächt natürlich den westdeutschen Imperialismus, aber sie nützt nicht dem russischen Sozialimperialismus, weil durch sie die Front gegen die beiden Supermächte gestärkt wird.

Wer von dieser klaren revolutionären Linie abweicht, wird objektiv zum Anhängsel des westdeutschen Imperialismus, ordnet die Interessen der Arbeiterklasse denen der Monopolbourgeoisie unter, verzichtet auf das Ziel der proletarischen Revolution zugunsten eines Burgfriedens mit der eigenen Monopolbourgeoisie. Völlig deutlich wird das, wenn in dem RF-Artikel auch noch die unerhörte Behauptung aufgestellt wird, „allgemeine antiimperialistische Propaganda" sei „Wasser auf die Mühlen des sowjetischen Sozialimperialismus". Bleibt die Frage, ob damit die „Liga gegen den Imperialismus" aufgefordert ist, sich in „Liga gegen den Sozialimperialismus" umzubenennen.

Nicht einmal der imperialistischen Propaganda unter der Jugend will der Autor des RF-Artikels entgegentreten. So schreibt er: „Wenn Wehrkundeunterricht in den Schulen gegeben wird, wenn Schüler Kasernen besuchen usw., dann ist das eben nicht an sich schlecht und zu bekämpfen, wie es früher richtig schien. Sondern das sind z. B. Gelegenheiten für unsere Schülergenossen, die richtige Linie des antihegemonistischen Zusammenschlusses zu vertreten." Als ob die Propagandaoffiziere der Bundeswehr in die Schulen kämen, um den Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte zu propagieren. Sie wollen die Jugend doch vor den Karren des Imperialismus spannen, und es ist die Pflicht der kommunistischen Jugend, diese Rattenfänger des Imperialismus zu entlarven und sich an die Spitze des Kampfes der Schüler gegen sie zu stellen.

Zusammenfassend stellen wir noch einmal fest, daß die in diesem Artikel der Roten Fahne entwickelten Positionen die Kapitulation vor dem US-Imperialismus, die Unterstützung des westdeutschen Imperialismus, den Verzicht auf die proletarische Revolution bedeuten würden. Im Kampf gegen die revisionistischen Positionen dieses Artikels sichert unsere Partei den Genossen der GRF ihre solidarische Unterstützung zu, damit verhindert werden kann, daß die Linie dieses Artikels zur Linie der GRF wird und in der revolutionären Bewegung Fuß fassen kann.



Zum 80. Todestag von Friedrich Engels

Vor 80 Jahren, am 5. August 1895, starb der große deutsche Kommunist Friedrich Engels. Auch für ihn, den Mitbegründer des Marxismus und unermüdlichen Kämpfer für die Revolution, gilt, was er selber am Grabe von Karl Marx sagte:

„Mitzuwirken, in dieser oder jener Weise, am Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und der durch sie geschaffenen Staatseinrichtungen, mitzuwirken an der Befreiung des modernen Proletariats, dem er zuerst das Bewußtsein der Bedingungen seiner Emanzipation gegeben hatte – das war sein wirklicher Lebensberuf. Der Kampf war sein Element. Und er hat gekämpft mit einer Leidenschaft, einer Zähigkeit, einem Erfolg wie wenige. (. . .) Sein Werk wird durch die Jahrhunderte fortleben und so auch sein Name."

Es ist das große Verdienst von Marx und Engels, daß sie alle grundlegenden Prinzipien der Wissenschaft entwickelt haben, die das Proletariat zu seinem Sieg, zur Erfüllung seiner historischen Mission benötigt. **Marx und Engels bewiesen, daß die Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist; sie wiesen nach, daß die Existenz dieser Klassen an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist. Sie stellten fest, daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt und daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.**

Für Friedrich Engels wie auch für Karl Marx waren diese Erkenntnisse keine „reine Wissenschaft". Beide waren keine Gelehrten, die sich in ihren Schreibstuben von der Welt absonderten, sondern Revolutionäre, für die der wissenschaftliche Sozialismus eine Anleitung zum Handeln war. Das bedeutete für sie die aktive Teilnahme am Klassenkampf – Friedrich Engels schrieb nicht nur über die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse, sondern nahm auch in Wuppertal gemeinsam mit den Arbeitern an den Barrikadenkämpfen teil. Das bedeutete für sie vor allem das ständige Bemühen und den harten Kampf nicht nur um das Programm der Kommunisten, sondern gleichzeitig um die Schaffung einer einheitlichen Partei des Proletariats, die die Arbeiterklasse im Kampf für ihre Befreiung führen kann. Friedrich Engels sagte: *„Damit am Tag der Entscheidung das Proletariat stark genug ist zu siegen, ist es nötig – und das haben Marx und ich seit 1847 vertreten – daß es eine besondere Partei bilde, getrennt von allen anderen und ihnen entgegengesetzt, eine selbstbewußte Klassenpartei."*

Diese Partei – und das hat auch für uns heute aktuelle Bedeutung – hatte weder für Engels noch für Marx einen Selbstzweck. Sie führten beide einen schonungslosen Kampf gegen alle opportunistischen Entstellungen der marxistischen Lehre, gegen alle Versuche, die Partei aus einem scharfen Schwert der Arbeiterklasse zu einem Anhängsel der Bourgeoisie zu machen. Heute wie damals ist es deshalb ein Schlag in das Gesicht der Revisionisten, die sich nur Kommunisten nennen, um die Arbeiterklasse ans Messer der Bourgeoisie liefern zu können, wenn Marx und Engels am Ende des „Kommunistischen Manifests" feststellen:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Ziele nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Sturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen."



ENVER HOXHA

Rede des ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens vor seinen Wählern im Wahlkreis 209 von Tirana

3. Oktober 1974

Diese Broschüre umfaßt 64 Seiten. Preis –,80 DM

Bestellungen an:

Gesellschaft zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

Korrespondenzen

Korrespondenzen an: Redaktion ROTER MORGEN
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

KASSEL

Vor einigen Tagen ist hier in Kassel nun schon zum dritten Mal das Rote-Fahne-Büro der GRF (KPD) von faschistischen Provokateuren angegriffen worden. Die große Fensterscheibe wurde mit einem schweren Stein zertrümmert. Die Täter hinterließen einen Zettel mit Hakenkreuz und anderen Symbolen und drohten mit einer „Offensive" gegen die „Schutzengel des Pöbels" durch „Terror gegen den roten Terror . . .".

Möglicherweise besteht ein Zusammenhang zu einem demnächst stattfindenden Antifaschistenprozeß hier am Ort. Jedenfalls zeigt sich, wie die offenen Faschisten immer offener gegen die Kommunisten vorgehen. Zu ihrer Bestrafung werden natürlich von der Polizei keine Schritte unternommen. Stattdessen werden Wohnungen von Genossen mit großem Aufwand bespitzelt und die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kommunisten verschärft.

Ein Genosse aus Kassel

FRIEDRICHSHAFEN

Vor ein paar Wochen wurden hier in Friedrichshafen alle Schüler nach Hause geschickt. Der Polizei war ein anonymer Brief zugeschickt worden, in dem gedroht worden war, in einer Friedrichshafener Schule würde eine Bombe hochgehen, falls nicht in der örtlichen Presse ein Bericht über „das gute Leben in der DDR" erschiene.

Vom Täter wurde keine Spur gefunden. Ein paar Tage später wurde der arbeitslose Rundfunkmechaniker Z. von der Kripo im Arbeitsamt festgenommen und gleich in ein eigens im Amt freigestelltes Zimmer gebracht. Die Polizeibeamten erklärten, sie müßten sofort sein Zimmer durchsuchen. Auf die Frage des Kollegen, ob sie denn dazu keinen Hausdurchsuchungsbefehl bräuchten, erklärten sie barsch: „Bei uns in Deutschland brauchen wir das nicht. Wir sind die Kriminalpolizei, wir dürfen alles." Der Kollege ließ sich einschüchtern. Z. ist ausländischer Arbeiter. Vor ein paar Monaten wurde ihm unter einem Vorwand gekündigt. Der wirkliche Grund war jedoch, daß die betreffende Firma verhindern wollte, daß er zum Betriebsrat kandidiert, wie es seine Absicht war und was viele gerade seiner Landsleute unterstützten. Von seiner Meinung gegenüber dem Revisionismus und den revisionistischen Staaten hat er nie einen Hehl gemacht. Die Sache mit dem angeblichen Drohbrief, in dem von der DDR die Rede war, war also ein reiner Vorwand, um in seine Wohnung einzudringen.

Dort kamen die Herren auch gleich zur Sache: Ob er die KPD/ML kenne, ob er dort Mitglied wäre und dergleichen mehr. Warum das Bildnis von Marx und Engels z. B. an seiner Wand hänge? Nun wurde es dem Kollegen doch zu bunt. Er forderte sie auf, die Wohnung zu verlassen, was sie schließlich dann auch taten.

Das Beispiel zeigt zweierlei: 1. wie Arbeitsamt und Polizei zusammenarbeiten. (Dort hatte man ja zur Vernehmung sogar schon ein Zimmer reserviert). 2. wie niederträchtig Polizei und Behörden gerade mit unseren ausländischen Kollegen umspringen.

Ein Genosse aus Friedrichshafen



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

BIELEFELD

Einen Strafbefehl über je 400 DM erhielten zwei Genossen aus Bielefeld, weil sie ein Flugblatt zum Hungerstreik der politischen Gefangenen verteilt haben sollen, in dem auch der Polizeimord an Genossen Günter Routhier angeprangert wurde. Der Polizeipräsident von Duisburg hatte deshalb Strafantrag gestellt.

MÜNSTER

Weil er am 24. 4. 75 ein Flugblatt der KPD/ML verteilt haben soll, erhielt jetzt ein Genosse aus Münster einen Strafbefehl über 100 Tagessätze a 10 DM. Das Flugblatt, das der Genosse verteilt haben soll, schloß mit der Parole: „Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz!"

NEUMÜNSTER

Gegen den Genossen Manfred F. ist Anklage erhoben worden wegen „verfassungsfeindlicher Einwirkung auf die Bundeswehr" (§ 89 StGB), weil sein Name unter einem Flugblatt steht, das angeblich in der Umgebung Neumünsters anläßlich des Manövers „Bold Guard" verteilt und an Scheunen geklebt worden ist. Der ursprüngliche Prozeßtermin vom 17. 7. 75 ist auf Antrag der Verteidigung bis auf weiteres verschoben worden. Ebenso wurden Wahlverteidiger zugelassen und die Pflichtverteidigung ihrer Aufgaben entbunden.

BIELEFELD

Am 17. 7. 75 fand vor dem Landgericht Bielefeld, III. Große Strafkammer, die Berufungsverhandlung gegen den Rote-Garde-Genossen Volker G. wegen angeblicher Teilnahme an der Hausbesetzung des Jugendheims in Brackwede im April 1973 statt.

Aufgrund der revolutionären Prozeßführung, durch die Solidarität der anwesenden Freunde, war die Klassenjustiz gezwungen, den Genossen freizusprechen.

REUTLINGEN

An insgesamt drei Verhandlungstagen fand in Reutlingen ein Prozeß gegen die beiden griechischen Antifaschisten Takis Boyakos und Nikos Dimitriadis statt. Sie waren u.a. wegen Körperverletzung angeklagt, weil sie ein griechisches Faschistenfest gestört haben sollen. An den Verhandlungstagen wurde das Gericht mit einem großen Polizeiaufgebot geschützt; im Gerichtssaal saßen zur Hälfte zivile und uniformierte Polizisten. Den Angeklagten wurde immer dann das Wort entzogen, wenn sie auf die politischen Gründe für ihr Vorgehen eingehen wollten. Außerdem wurde ein verstecktes Tonband eingesetzt, um die Äußerungen der Angeklagten später weiter gegen sie verwenden zu können. Weil einer der Angeklagten sich trotz des Terrors im Gericht nicht das Wort verbieten ließ, verhängte das Gericht über ihn eine Ordnungsstrafe von 5 Tagen. Ein Zuschauer erhielt sogar 7 Tage Ordnungsstrafe. Am zweiten Tag wurde die Öffentlichkeit insgesamt mit einem schon vorgefertigten Beschluß ausgeschlossen. Der Staatsanwalt dazu: „Die Zuhörer haben nicht verstanden, warum deutsche Behörden auch griechische Faschisten schützen müssen. Aber das steht im Grundgesetz." Das Gericht verurteilte schließlich Takis Boyakos zu 2 Monaten Gefängnis auf 4 Jahre Bewährung. (Kommentar des Richters: „Herr Boyakos, Sie wissen ja wohl, was das für Sie heißt! Im Falle von Rückfälligkeit heißt das Ihre Abschiebung nach Griechenland!"). Der andere Angeklagte erhielt 2 000 DM Geldstrafe und muß die Hälfte der Prozeßkosten tragen, das, obwohl er arbeitslos ist.

SPENDENKONTO:

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547

Prozesstermine

Am 5. 8. 1975 wird im Amtsgericht Dortmund erneut ein Prozeß gegen den ROTEN MORGEN stattfinden. Angeklagt sind die Genossen Gernot Schubert und Karin Wagner als Verleger und verantwortliche Redakteurin des Extrablattes des ROTEN MORGEN mit dem Titel „Ihr Terror macht vor seinem Grab nicht halt". Vorausgegangen waren Strafbefehle über je 1 200 DM. Außerdem war die Einziehung dieses Extrablattes angeordnet worden.

Prozeßtermin: 5. 8. Amtsgericht Dortmund, 12.30 Uhr, Zi. 138

Am 3. September wird ebenfalls im Amtsgericht Dortmund der bisher größte Prozeß gegen den ROTEN MORGEN stattfinden. Voraussichtlich werden zu diesem Prozeß alle Strafverfahren zusammengezogen werden, die die Genossen Gernot Schubert und Karin Wagner zusammen betreffen. Bisher haben die Genossen Vorladungen in Bezug auf folgende ROTE MORGEN erhalten: Nr. 30, 38, 39, 42, 46. (Folgen werden wahrscheinlich noch die Nummern 27 und 31).

Prozeßtermin: 3. 9. 1975, Amtsgericht Dortmund, 11 Uhr.

Am 13. 8. 1975 wird in München vor dem Amtsgericht ein Prozeß gegen den Genossen Volker Niebel stattfinden, der wegen Teilnahme an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 angeklagt ist.

Prozeßtermin: Amtsgericht München, Zi. 128, 8.30 Uhr.

Prozeß gegen Uli Grober

Kumpel meldet sich als Zeuge gegen den Staat

Mitte Juli fand in Recklinghausen ein Prozeß gegen Genossen Ulrich Grober statt, der lange Zeit presserechtlich Verantwortlicher für Betriebszeitungen und Flugblätter der KPD/ML war. Die Anklage lautete auf „Verächtlichmachung der BRD . . ." (§ 90a), weil in diesen Schriften unter anderem von einem Staat der „Kapitalistenklasse" die Rede war, weil es hieß, daß „die politische Unterdrückung in der deutschen Bundesrepublik . . . nicht von einigen Ultrarechten ausgeht, sondern vom gesamten Bonner Staatsapparat, ganz gleich, unter welcher Regierungspartei".

Zu diesem Prozeß hatte die Stadt Recklinghausen so viel Polizei aufgefahren, wie seit 30 Jahren nicht mehr. In den Sälen neben dem Verhandlungsraum saß Polizei; vor dem Gebäude waren Motorrad- und Hundestaffeln aufgefahren. Der gesamte übrige Betrieb im Gerichtsgebäude wurde an den Verhandlungstagen stillgelegt. Besucher mußten nicht nur Ausweiskontrollen über sich ergehen lassen, sondern wurden zugleich in schwarze Listen eingetragen und photographiert.

Doch die Bourgeoisie beschränkte sich nicht auf den Terror im Gericht. Gleichzeitig hetzte die bürgerliche Presse. So war es am ersten Verhandlungstag an mehreren Stellen in der Stadt zu Verkehrsunfällen gekommen, weil Ampeln ausgefallen waren, und die Polizei, statt sich um den Verkehr zu kümmern, im Gericht die Bevölkerung terrorisierte. In der Lokalpresse wurde das dann so dargestellt, als sei die KPD/ML, von der die Bourgeoisie ja immer behauptet, sie sei ein Feind des Volkes, schuld an diesen Unfällen.



Genosse Uli im Gericht

Besonders übel aber hetzte die D„K"P. Sie verteilte extra zum Prozeß gegen Genossen Ulrich ein Flugblatt in einem Bergarbeiterviertel, in dem die Partei arbeitet und Ulrich als ein „Kleinbürgersöhnchen" und die KPD/ML als „Drei-Groschen-Jungs" beschimpft wird und behauptet wird, der Prozeß gegen Ulrich habe keinen anderen Zweck, als diese „Chaoten" aufzuwerten!

Im Endeffekt allerdings hat der große Aufwand, mit dem hier ein Genosse der Partei als „Krimineller", als „Chaot" usw. diffamiert werden sollte, der Partei und nicht der Bourgeoisie genützt. Denn so erfuhr praktisch jeder in Recklinghausen, daß hier entgegen allem Demokratiegerede der Politiker die kommunistische Presse mit Geldstrafen belegt wird. Und fast alle Zeitungen berichteten, daß der Genosse zu den Aussagen im Flugblatt stand und das Gericht als Tribüne benutzte, um zu erklären, daß die KPD/ML für die sozialistische Revolution kämpft, während die D„K"P eine Agentur des Kapitals ist, die den Kampf der Werktätigen in die Irre leiten soll.

Wie groß die Solidarität der Bevölkerung trotz aller Hetze war, dafür nur einige Beispiele: Die KPD/ML wurde von mehreren Seiten schon vor dem Prozeß über den zu erwartenden Polizeieinsatz informiert; es meldeten sich zwei Kollegen, die als Zeugen aussagen wollten, daß es stimmt, daß wir hier in einem „Ausbeuter- und Unterdrückerstaat" leben. Am zweiten Verhandlungstag stand ein Zuschauer auf und erklärte dem Richter: „Wenn Sie das Urteil sprechen ‚Im Namen des Volkes', dann nehmen Sie mich dabei ausdrücklich aus, egal, ob Freispruch oder Verurteilung. Daß dieser Prozeß überhaupt stattfindet, ist eine Schande." Die Rote Hilfe Deutschlands sammelte an einem Wochenende in einer Bergarbeitersiedlung 46 DM zur Unterstützung des Prozesses.

Zum letzten Verhandlungstag, an dem der Richter das Urteil verkündete, erschienen schließlich 54 Zuschauer. Nachdem der Richter Genossen Uli zu 1 800 DM Geldstrafe verurteilt hatte, hörten sich Zuschauer und Angeklagter die Begründung dafür nicht mehr an, sondern zogen gemeinsam hinter der Fahne der Partei in die Innenstadt, wo eine Kundgebung zum Prozeß stattfand.

Sofortige Freilassung der 4 türkischen Patrioten

Am 28. 7. 1975 soll der Prozeß gegen vier Patrioten aus der Türkei beginnen, die seit dem 4. 5. 1974 in Köln-Ossendorf in Haft gehalten werden. In einem Aufruf zu einer Demonstration in Köln (s. auch nebenstehendes Bild), unterzeichnet von der GRF (KPD), der KPD/ML, der Roten Hilfe, der Roten Hilfe Deutschlands heißt es dazu unter anderem:

„Die Haftbedingungen sind unmenschlich streng: Auf Anordnung des Richters Somoskeoy werden die Inhaftierten in strenger Einzelhaft gehalten. Sie sind von allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen und werden nur einzeln in den Gefängnishof geführt. Sie können Bücher und Zeitschriften nur über die Vollzugsanstalt von in Deutschland ansässigen Verlagen beziehen. Dies bedeutet praktisch, daß die Inhaftierten keine türkischen Zeitungen und Bücher erhalten, geschweige denn politisch fortschrittliche Publikationen. Alles von dieser Anordnung Abweichende, was Freunde und verschiedene Organisationen schicken, wird beschlagnahmt. Der Briefverkehr wird streng überwacht. Den vier Patrioten aus der Türkei wird vorgeworfen, daß sie einer „kriminellen Vereinigung" angehören. Damit versucht die Klassenjustiz, die Patriotische Einheitsfront für eine demokratische und unabhängige Türkei (PEF) zu kriminalisieren . . ."

Bereits im Prozeß gegen die Genossen Subasi und Dagyeli hatte die Bourgeoisie versucht, das Verbot der PEF über den § 129 einzuleiten. Damals konnte dieser Versuch, den Kampf der türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik zu unterbinden und alle klassenkämpferischen Arbeiter einzuschüchtern, verhindert werden. Zu diesem Prozeß muß die Solidarität verstärkt werden. Der Kampf hat begonnen.



Rund 600 Menschen demonstrierten in Köln für die Freilassung der vier türkischen Patrioten.

Urteil im Bochumer Giftmüllprozeß

"Bewährung" für tausendfachen Mordversuch

Vor rund vier Jahren wurden auf einer städtischen Müllkippe in Bochum 5 000 Fässer mit hochgiftigem Cyanid gefüllt, aufgefunden. Diese Giftmenge hätte ausgereicht, die Bevölkerung der ganzen Stadt zu vernichten. Das Gift war bereits in das Grundwasser im Bereich der Kippe gesickert. Daß es überhaupt gefunden wurde, war einem Zufall zu verdanken. Abtransport und Vernichtung haben Millionen gekostet. Die Bochumer waren beunruhigt und empört, und So versprach man ihnen von Seiten der Stadt strenge Verfolgung der Verantwortlichen, um sie zu beruhigen.

Doch was ist geschehen? Die Konzerne — die das Gift für recht billige Preise an einen Fuhrunternehmer gegeben hatten und genau wußten, daß für diesen Preis eine ordnungsgemäße Vernichtung des Giftes gar nicht möglich ist — sie wurden gar nicht erst angeklagt. Die beiden Fuhrunternehmer, die praktisch nichts anderes als „kleine Angestellte" dieser Konzerne sind und die für deren Höchstprofit die Drecksarbeit übernahmen — kamen vor Gericht. Aber auch sie wurden nun nicht etwa angeklagt wegen tausendfachen Mordversuches, sondern wegen „Verstoß gegen das Grundwassergesetz", und, um die Hintermänner in den Konzernen zu decken, wegen „fortgesetzten Betruges" an den Auftraggebern.

Ihre Strafe lautete auch nicht lebenslänglich, und in den Zeitungen stand nichts von Terror gegen die gesamte Bochumer Bevölkerung. Ihre Strafe war im ersten Verfahren bei dem einen 1 1/2 Jahre und 18 000 DM Geldstrafe, bei dem anderen ein dreiviertel Jahr. Aber nicht genug damit. Bei der Revisionsverhandlung hat das „hohe Gericht" auf das menschliche Vergessen gebaut, und darauf, daß die Empörung der Bochumer sich gelegt hätte. So wurden die Strafen, die sowieso nichts mehr als ein schlechtes Alibi der Klassenjustiz waren, auf ein Jahr und 1/2 Jahr verkürzt, und dazu noch zur Bewährung ausgesetzt.

So sieht also der „Schutz des menschlichen Lebens" im Kapitalismus aus: Wenn einer im Auftrag der Kapitalisten tausendfachen Mordversuch begeht, dann kann er sich weiter „bewähren"; wenn einer — wie mehrere unser Genossen — gegen den imperialistischen Krieg, der Millionen Menschenleben kostet, demonstriert, wird er zu Gefängnisstrafen verurteilt. Wie kann sich wohl deutlicher zeigen, für welche Interessen deutsche Richter richten?

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

"Front des Volkes" in Chile

"Wir sind wie das Salz im Wasser"

Die „Front des Volkes", die unter der Führung der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles das chilenische Volk auf breitester Basis im antifaschistischen revolutionären Kampf gegen die Diktatur zusammenschließt, hat vor einiger Zeit die erste Ausgabe ihres Organs „Widerstand" herausgebracht. Im Folgenden geben wir eine Zusammenfassung der Artikel dieser Ausgabe wider.

RESISTENCIA



RESISTENCIA
SANTIAGO DE CHILE

Organo oficial del
FRENTE DEL PUEBLO

„Resistencia" – Unter den faschistischen Bedingungen erscheinendes Organ der „Front des Volkes" in Chile

MANIFEST DER FRONT DES VOLKES

Unter diesem Titel geht die Zeitung ein auf die Bedeutung der Front des Volkes: „Die FdV ist eine Organisation von Arbeitern, Bauern, Intellektuellen, Studenten, Werktätigen allgemein, kleinen und mittleren Händlern sowie patriotischen Landbesitzern und Industriellen, die vereint unter der Fahne des Antifaschismus kämpfen.

Die FdV entwickelt sich Tag um Tag zu dem Instrument, das die Einigkeit und Organisiertheit des gesamten werktätigen Volkes und der antifaschistischen Patrioten möglich macht zum Sturz der Diktatur als erstem Schritt zur Erringung der Macht und zur Errichtung einer demokratischen und fortschrittlichen Regierung des Volkes"

Die FdV ist eine Untergrundorganisation. Bekannt sind ihre Ziele und Aktionen, aber nicht ihre Mitglieder und Gremien. „Wir sind wie das Salz im Wasser. Es nützt der Diktatur nichts, salziges Wasser zu entdecken, weil die Körner aufgelöst sind im Wasser wie die Mitglieder der Front im Schoße des Volkes."

Im weiteren geht die Zeitung ein auf die Lage des chilenischen Volkes. „Heute", heißt es, „**sieht sich unser Vaterland der Brutalität des faschistischen Militärstiefels unterworfen und unser Volk leidet stärker denn je unter Hunger, Elend und ungeheurer Ausbeutung, die die Grundherren, Monopolkapitalisten und der US-Imperialismus mittels seiner Lakaien in Uniform über das Volk verhängt."**

„Allein in 20 Tagen des ersten Monats 1975 hat die Militärjunta eine Lawine von Preiserhöhungen angeordnet, um auf diese Weise das gesamte Gewicht der Krise auf die Schultern des chilenischen Volkes abzuladen. Auf diese Weise spüren heute Arbeiter, Bauern, kleine und mittlere Gewerbetreibende, Landbesitzer und Industrielle sowie Intellektuelle und Handwerker am eigenen Leibe die von den großen nationalen Monopolen und dem US-Imperialismus verordnete Politik."

> Liste der Preiserhöhungen (innerhalb von 20 Tagen im Januar 1975):
>
> Transport +75%, Paraffinöl +30%, Gas +30%, Speiseöl +31%, Papier +75%, Straßengebühren 3 000 Esc., Strafe bei Verstoß gegen das Einhalten der Sperrstunde 20 000 Escudos.
>
> Außerdem verteuerten sich erheblich Nahrungsmittel wie Mehl, Milch, Reis, Zucker, Käse, Weizen, sowie Dinge des täglichen Lebens wie Waschmittel, Benzin, Streichhölzer usw. usf.

„Landsleute", heißt es an anderer Stelle der Zeitung, „nachdem ihr oben die beeindruckende Liste der von den Monopolen und den Yankees mittels ihres Instruments der faschistischen Militärjunta, angeordneten Preiserhöhungen gelesen habt, die mehr Hunger und Elend für unser Volk bedeuten, lest bitte auch aufmerksam die folgende Zeitungsnotiz: ‚Nach Auskunft von Ricardo Lecaros, 40, Aufsichtsratsmitglied, Organisator der Hundertjahrfeier von Vina del Mar (einem chilenischen Luxusbadeort), wird der Gipfelpunkt der Festivitäten am 28. Dezember erreicht werden, wenn der General Augusto Pinochet im Kasino, das wie ein Feenschloß dekoriert sein wird, zum Ehrenbürger der Stadt erklärt wird. Danach wird im Vergara-Palast ein Essen gegeben, wo die erlauchten Anwesenden Putenpastete, Languste mit verschiedenen exquisiten Saucen und Eisbombe essen sowie feine Champagner, Whiskies und reichlich Wein trinken werden . . .' Überlegt jetzt, Landsleute, wer die Last der Ausbeutung trägt und wer sich daran mästet!"

Wie darüber hinaus die Pinochet-Diktatur die ausländischen Imperialisten sich durch die Ausbeutung des chilenischen Volkes mästen läßt, zeigt ein anderes Beispiel: Die Militärjunta beschloß, der ITT als „Entschädigung" für „Verluste" in den Jahren 1970 – 1973 84 Millionen Dollar zu zahlen. Natürlich wird diese Summe durch zusätzliche Ausbeutung des chilenischen Volkes, durch seinen Hunger „aufgebracht." Wie dagegen die Gesundheitsversorgung der Junta für die Bevölkerung aussieht, beschreibt die Zeitung folgendermaßen: „Der Gesundheitsminister der Diktatur, Francisco Herrera, ordnete folgende Maßnahmen an, um im Jahr 1975 das Gesundheitsproblem in Chile zu „lösen": 1. Abschaffung der kostenlosen Behandlung, 2. Erstellung eines Gesundheitsplanes, der von den Betroffenen zu zahlen ist, 3. „Rationalisierung" der Beschäftigten des Gesundheitswesens (d.h. Entlassungen.)"

VEREINEN WIR UNS WIE BRÜDER, DANN KANN UNS NIEMAND BESIEGEN!

Auf den Widerstandskampf des Volkes eingehend, berichtet die Zeitung: „Trotz der Repression kämpft unser Volk weiter. Beispiele dafür waren die Streiks bei Sumar, Ilarreborde, Etchepare, zu denen nun auch der Streik von La Paperla gekommen ist. Dort gab es eine starke Bewegung in Puente Alto, wo die Angestellten der Firma an: die Geschäftsleitung eine von den verschiedenen Gewerkschaften unterzeichnete Petition überbrachten, worauf man die Antwort erhielt, man ‚müsse den Gürtel enger schnallen'. Als Antwort darauf weigerten sich die Beschäftigten und ihre Familien an der Weihnachtsfeier der Firma, die sie als Farce bezeichneten, teilzunehmen. Eigenartigerweise wurde an diesem Tag in Puente Alto die Sperrstunde auf 11 Uhr vorverlegt und man konnte Truppenbewegungen beobachten. Tage danach wurden die Kollegen, die die Petition überreicht hatten, verhaftet, um sie zum Widerruf zu bewegen." Über eine andere Aktion berichtet die Zeitung ‚Widerstand': ‚Eine große Wandaufschrift längs der Eisenbahnlinie in Villa Alemana mit dem Text ‚JUNTA=HUNGER' führte zu einem Großeinsatz einschließlich Hubschraubern mit Maschinengewehren. Die Gorillas fanden nichts. Das zeigt uns, daß die Patrioten des Widerstands wie Salz im Wasser sind." Über eine weitere erfolgreiche Aktion an der Universität heißt es: „Das Ausweisungsdekret des Gorilla-Rektors der Universität gegen die bekannten Wissenschaftler Fernando Vargas und Mario Luxoro mußte nach 24 Stunden zurückgezogen werden, da die gesamte naturwissenschaftliche Fakultät gegen diese neue Gewalttat mit Streik drohte." Daß die Junta auch heute schon nicht widerstandslos gegen die Patrioten und Antifaschisten vorgehen kann, zeigt ein anderes Beispiel: „Eine Serie von fünfminütigen Proteststreiks gegen die Ermordung von Javier Leon durch die Schergen der Diktatur führten die Arbeiter des Sektors MACUL, darunter die Arbeiter von Panos Continental, Pollack, Shyf usw. durch. Javier Leon war der Führer des Widerstands bei Shyf gewesen und hatte eine hervorragende Arbeit unter den Werktätigen geleistet, um den Widerstand gegen die Diktatur zu führen."

Unter dem Aufruf „Kräfte sammeln, um die faschistische Diktatur zu stürzen!", heißt es abschließend in der Zeitung „Widerstand": **„In unserem Volk liegt der größte Kraftquell zum Kampf gegen die Gorilla-Diktatur, doch solange das Volk wenig organisiert ist, kann die Diktatur es noch wagen, gestützt auf ihre Waffen alle möglichen Gewalttaten und Unverschämtheiten zu begehen. Sobald diese Schwäche überwunden sein wird, wird die Junta sich durch Millionen von Männern, Frauen und Jugendlichen umzingelt sehen, die diese hinwegfegen werden."**

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: Kambodscha/Vietnam

'Toufan' Organ der Marxisten-Leninisten im Iran

Der "Sozialismus" des Schah: Armut und Elend für das Volk

Vor kurzem gab der persische Schah der Zeitschrift „Stern" ein Interview, bei dem jedem Leser, der auch nur einigermaßen die Verhältnisse im Iran kennt, Hören und Sehen verging. Da scheut doch dieser Ausbeuter und Henker des iranischen Volkes sich nicht, zu behaupten, daß im Iran jeder Arbeit haben könne, jeder versorgt wäre, ja daß der Iran ein wahrer „Wohlfahrtsstaat" wäre. Und was allerdings der Gipfel der Schahlügen ist: Im Iran herrsche der Sozialismus! Das ist wirklich blanker Hohn angesichts des Elends und der Verarmung der werktätigen Massen des Iran. In einer seiner letzten Ausgaben geht „Toufan", Organ der marxistisch-leninistischen Organisation des Iran auf die Ursachen der Verarmung und des Elends der iranischen Werktätigen ein und demaskiert die demagogische Propaganda der iranischen Ausbeuterklassen.

„Jedermann, der im Iran lebt", schreibt „Toufan", „ist sich über die schreckliche Wirklichkeit und die täglichen Schwierigkeiten des persischen Volkes im Klaren. Es genügt, sich das Bild Teherans zu betrachten, der größten Stadt des Landes mit einer dichten Bevölkerung, in der auch der Großteil der Industriezweige konzentriert ist. Auf das Elend stößt man überall in dieser Stadt: auf allen Straßen, Kreuzungen, in den Armenvierteln und vor allem im Norden der Stadt."

Die Zeitung erwähnt die verschiedenen Aspekte des Elends, wie das Betteln, die Prostitution, die Arbeitslosigkeit, das Umherwandern und anderes, Klagen, die Haß und Revolte gegen ihre Urheber entstehen lassen. „Das Betteln", heißt es in „Toufan", „**ist die gewöhnlichste Erscheinung der Armut. An den Mauern sieht man überall ausgemergelte schmutzige Körper, die ihre Hände um Almosen ausstrecken. Man sieht auch Jugendliche mit krankhaftem Aussehen, die Rauschgift zu sich nehmen und betteln, und besonders bettelnde Greise und Kinder. So ist zum Beispiel auch der bei der Arbeit verunglückte Arbeiter gezwungen, zu betteln. Unzählige Bauern haben ihr Dorf verlassen und streifen durch die Straßen Teherans, in der Hoffnung, sich ein Stück Brot sichern zu können. Tagsüber müssen diese Bauern schwere Arbeit verrichten und des Nachts schlafen sie im Freien – sie sind ständig obdachlos."**

Die marxistisch-leninistische Organisation des Iran analysiert die klassenmäßigen Wurzeln der Armut und weist auch den Weg zu ihrer Überbrückung: den Sturz der ausbeuterischen Klassen und den Triumph der proletarischen Revolution. „Die Armut", unterstreicht „Toufan", fällt nicht vom Himmel. Wie uns der Marxismus-Leninismus lehrt, ist sie ein Ergebnis der Ausbeutung durch eine oder mehrere Klassen über eine oder mehrere andere Klassen. Die Ursache des Elends müssen in der Ausbeutungspolitik der Imperialisten und ihrer einheimischen Handlanger gegenüber den Volksmassen, in der Politik des vollständigen Ruins des Dorfes und des Kleinbürgertums, in der Verstärkung der Reihen der Arbeitslosen gesucht werden. Die Ausbeuterklassen bedienen sich dieser Arbeitslosenarmee, um zu ihren volksfeindlichen Zielen zu gelangen, die Löhne kurz zu halten, die Streiks zu brechen und die kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung durchzusetzen."

„Deshalb", so betont „Toufan", „ist nur der Sturz der ausbeuterischen Klassen und ihrer imperialistischen Unterstützer geeignet, um dieser elenden Lage der werktätigen Massen im Iran ein Ende zu setzen."

Aus aller Welt

GRIECHENLAND

Am Vorabend des ersten Jahrestages des Sturzes der faschistischen Militärjunta in Griechenland, kam er zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Bauarbeitern und der Polizei, die zeigen, daß auch heute die griechische Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen des Landes blutig unterdrückt werden. Gegen den Verrat ihrer Gewerkschaftsführer waren in Athen über zweitausend griechische Bauarbeiter in den Streik getreten für den Siebenstundentag, bessere Löhne, Renten und Arbeitslosenunterstützung. Am frühen Morgen des 23. Juli, nachdem die Arbeiter eine Protestveranstaltung durchgeführt hatten und sich zu einem Demonstrationszug formierten, griffen Polizeieinheiten die Arbeiter an. Mit äußerstem Terror ging die Polizei wahllos gegen jeden und alles vor, was ihr im Wege stand. Augenzeugen berichteten, daß Polizisten wahllos Fensterscheiben zerschlugen, auf unbeteiligte Straßenpassanten einschlugen und auf Straßen und Plätzen Tränengaspatronen abschossen, auch dort, wo es gar keine Zusammenstöße gegeben hatte. Gegen die Bauarbeiter gingen die Polizeieinheiten mit ungeheurer Brutalität vor, indem sie Schlägertrupps gegen die Arbeiter einsetzten. Die Arbeiter antworteten den Angriffen der Polizei mit Steinhagel und bauten Straßensperren, um das Vordringen der Polizei zu erschweren. Die Bauarbeiter wollen trotz des Terrors – über 30 von ihnen wurden festgenommen – den Streik für ihre gerechten Forderungen fortführen.

MADAGASKAR

Radio Madagaskar meldete einen Beschluß des Präsidiums des Hohen Revolutionsrates der Republik Madagaskar, in dem die Schließung der amerikanischen Satellitenstation auf Madagaskar bekanntgegeben wird.

SPANIEN

In Spanien ist der Kampf der Patrioten gegen die Polizeigewalt intensiviert worden, und zwar nicht nur in den baskischen Provinzen, sondern auch in anderen Gegenden. So wurde als Folge eines bewaffneten Angriffs auf eine Polizeipatroullle in den Büros der Luftfahrtgesellschaft „Iberia" ein francistischer Polizist getötet.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38.5 Meter
Im Sommer	26.2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Polizist erschoß 17-jährigen - Freispruch

"Die sollen keine Ruhe mehr bekommen"

Die Bundesinnenministerkonferenz hat vor kurzem einen „Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz" beschlossen, das unter anderem den „gezielten tödlichen Schuß" vorsieht. Kurz vorher erhielt Herr Dobhardt, der Vater des 1973 erschossenen 17jährigen Erich Dobhardt, das Urteil des Bundesgerichtshofes über den Polizisten Diehl, der seinen Sohn erschossen hat. Der ROTE MORGEN sprach mit ihm über dieses Urteil.

RM: Herr Dobhardt, der Polizist Diehl hat ihren Sohn Erich erschossen. Der Bundesgerichtshof hat jetzt festgestellt: „Der Angeklagte hat zwar den Tod des Erich Dobhardt verursacht. Er hat dabei jedoch rechtmäßig gehandelt. Denn seine Handlungsweise war nach dem polizeilichen Dienstrecht gerechtfertigt."

Herr Dobhardt: Ich war über dieses Urteil erschüttert. Erst das Urteil in Dortmund . . .

RM: Damals hatte es ja in der Presse geheißen, daß „zum ersten Mal in der Dortmunder Polizeigeschichte . . . ein tödlicher Schuß, abgegeben im Dienst, ein gerichtliches Nachspiel haben wird".

Herr Dobhardt: Dieser erste Termin fand überhaupt nur statt wegen der großen Empörung in der Bevölkerung damals. Da wurde Diehl dann zwar verurteilt (zu einem halben Jahr Gefängnis auf Bewährung – RM), aber bei der Verhandlung durften nur Polizeischüler anwesend sein. Vor dem Saal warteten 100 Zuschauer aus der Bevölkerung, sie wurden nicht reingelassen. Alles war abgeriegelt. Meiner Meinung nach stand damals schon das Urteil von Karlsruhe fest. In Karlsruhe hat die Verhandlung ja jetzt ganze 59 Minuten gedauert. Dann stand das Urteil fest.

RM: In der Urteilsbegründung des Bundesgerichtshofes heißt es, der Schußwaffengebrauch – und damit der Tod von Erich – sei notwendig und sachlich gerechtfertigt gewesen, um weitere Gewalttaten ihres Sohnes zu verhindern und die Öffentlichkeit vor ihm zu schützen. Was sagen Sie als Vater dazu?

Herr Dobhardt: Die angeblichen Verbrechen von Erich sind vor Gericht ja überhaupt nicht zur Sprache gekommen. Mit gutem Grund. Denn der Junge war nicht vorbestraft. Als die Polizei ihn damals mit Hubschrauber und Großeinsatz gesucht hat, da ging es um ein Kofferradio, das er angeblich gestohlen haben soll. Der Junge war auch nicht bewaffnet. Und was den Ausbruch angeht, von dem immer gesprochen wird. Das stimmt auch nicht. Erich war in einem Heim, wo er tagsüber machen konnte, was er wollte und abends um 22 Uhr wieder da sein mußte. Und außerdem, Erich war damals drei Wochen bei uns zu Hause gewesen. Kein Mensch hat sich da bei uns sehen lassen, um ihn abzuholen.

RM: Der Polizist Diehl hat damals erklärt, er habe in „Notwehr" gehandelt und Erich bloß ins Knie treffen wollen. Im Urteil des Bundesgerichtshofes liest sich das dann nach dem Motto „Was nicht sein darf, das nicht sein kann", so: „Die öffentliche Sicherheit erforderte deshalb seine unverzügliche Wiederergreifung. (. . .) Die Abgabe eines gezielten Schusses auf das Bein des flüchtenden Rechtsbrechers, der ihn gemäß der Bestimmung des §14 Abs. 2 UZwG nur fluchtunfähig machen sollte, war unter diesen Umständen notwendig und sachlich gerechtfertigt." Was hat es in Wirklichkeit mit diesem „gezielten Schuß auf das Knie" auf sich?

Herr Dobhardt: Diehl hatte damals die Großfahndung nach Erich geleitet. Er war Einsatzleiter. Am Tag nach der Großfahndung bekam Diehl einen Anruf von einem Zeugen aus Dortmund-Wambel, er habe Erich gesehen. Diehl setzte sich in seinen PKW und fuhr sofort los. Er stellte Erich auch, zog sofort seine Pistole, rief angeblich „Stehenbleiben!" und schoß auf ihn. Ein Zeuge hat damals gehört, daß vier Schüsse abgegeben worden waren. Aber auch dieser Zeuge wurde vom Gericht nicht geladen. Ich habe damals darauf bestanden, ich wollte meinen Sohn noch einmal sehen. Das durfte ich erst nach fünf Tagen. Als wir dann endlich auf dem Hauptfriedhof Erich gesehen haben, haben wir unseren Sohn kaum wiedererkannt. Der sah aus wie nach einem Boxkampf: die Augen blau, Zähne rausgeschlagen, das ganze Gesicht war entstellt. Und die Sachen von Erich habe ich bis heute nicht bekommen. Ich weiß aber auch, warum. Denn bei seinem Hemd haben sie hinten ein viereckiges Stück herausgeschnitten.

RM: Es sind ja auch Gutachten darüber angefertigt worden, wie wahrscheinlich es ist, daß der Schuß nur fluchtunfähig machen sollte.

Herr Dobhardt: Diehl hat aus vollem Lauf geschossen, es war, auch nach Meinung der Schießexperten, unmöglich, auf das Knie oder auf die Wade zu treffen. Diehl hat gewußt, daß er Erich tötet oder mindestens zum Krüppel macht. Die Experten haben das übrigens sogar ausprobiert, ob man aus dem Lauf heraus und aus der Entfernung einen gezielten Schuß auf das Knie abgeben kann. Sie haben es nicht geschafft, obwohl es gute Schützen gewesen sein sollen.

RM: Herr Dobhardt, Sie sind damals an die Öffentlichkeit gegangen und haben auch versucht, auf dem sogenannten Rechtsweg etwas gegen den Polizisten Diehl zu erreichen. Können Sie uns etwas über ihre Erfahrungen sagen?

Herr Dobhardt: Ich kann nur sagen, hier gegen diesen Polizeistaat komme ich als kleiner Mann nicht an. Die wollten damals die ganze Sache vertuschen, die wollten ja gar keinen Termin machen mit dem Jungen. Nur wegen der Bevölkerung, die sehr empört war, ist der Termin überhaupt schließlich anberaumt worden. Ich bin damals gegen das Urteil angegangen, weil ich es viel zu niedrig fand. Diehl ist auch dagegen angegangen, weil er es zu hoch fand. Diehl ist jetzt in Karlsruhe freigesprochen worden. Aber ich werde ein Wiederaufnahmeverfahren einleiten. Die sollen keine Ruhe mehr bekommen. Das raten mir auch alle Freunde und Bekannte. Das sagt jeder. Deswegen muß der ganze Fall auch wieder in die Öffentlichkeit.

RM: Herr Dobhardt, wir danken Ihnen für das Interview. Sie können sich in ihrem Kampf gegen den Mörder Ihres Sohnes auf die Unterstützung der Partei und der Roten Hilfe Deutschlands verlassen.





Ausgeschlagene Zähne, zerschlagenes Gesicht. Erich Dobhardt auf dem Totenbett. Rechts sein Mörder – der Polizist Diehl.



5 Tage nach seinem Tod kann die Familie Erich zum ersten Mal sehen

Fortschrittliche Studenten kämpfen gegen reaktionären Mediziner

Professor Witt muss weg!

Begonnen hatte es 1969. Der Arzt Dr. Mauser hatte sich bei seiner Tätigkeit im Krankenhaus Harlaching eine Knochentuberkulose geholt und mußte daher an der Brustwirbelsäule operiert werden. Professor Witt, Direktor der orthopädischen Klinik in Harlaching und an der Poliklinik der Universität München, räumte die tuberkulösen Herde aus und füllte die Knochenhöhlen mit neuem Knochenmaterial. Die Folge: Das Knochenmaterial brach in den Wirbelkanal ein und schädigte das Rückenmark so schwer, daß Dr. Mauser zeit seines Lebens querschnittgelähmt im Rollstuhl sitzen muß.

Obwohl klar war, daß Professor Witt schuld an diesen Folgen der Operation war, weigerte er sich, das zuzugeben, geschweige denn, eine Entschädigung zu zahlen. Dr. Mauser erstattete Anzeige gegen Witt wegen Körperverletzung, aber über fünf Jahre lang geschah nichts, denn „Witt ist nicht jedermann" – so Staatsanwalt Sechser.

Erst als sich Mauser an die Öffentlichkeit wandte, kam es aufgrund der breiten Empörung zur Anklageerhebung. Verurteilt allerdings wurde Witt nicht. Es kam zu einem gerichtlichen Vergleich, in dem die Winterthur-Versicherung von Witt 200 000 DM und der bayrische Staat als Arbeitgeber von Witt 300 000 DM an Dr. Mauser zahlten unter der Bedingung, daß er seine Anzeige zurückzöge und sich nicht mehr zu dem Fall äußere.

Nachdem Mauser so der Mund verboten war, stellte die Justiz das Verfahren gegen Witt ein, da nun angeblich „kein öffentliches Interesse mehr an einer weiteren Strafverfolgung von Witt" besteht".

Professor Witt kann also weiter seine 100 000 DM monatlich einstreichen und die Gesundheit seiner Patienten ruinieren. (Einer der ebenfalls bekanntgewordenen Fälle ist der Kunstturner Jürgen Bischof, der nach der Operation durch Witt sein Gedächtnis verlor). Sein Opfer dagegen, Dr. Mauser, erhielt von der Stadt München zwar eine Rente, aber gleichzeitig die Kündigung, da „er nicht mehr Nachtdienst machen könne".

Bürgerliche Zeitungen wie der „Stern" haben versucht, den Fall Witt als den Einzelfall eines arroganten Professors hinzustellen, dem sein Ruhm zu Kopf gestiegen ist. Das ist natürlich nicht wahr. Man braucht sich nur im Betrieb oder in seinem Bekanntenkreis herumzuhören und wird von zig weiteren solcher Fälle erfahren. Das einzige, was den Fall Witt zum „Einzelfall" macht, ist die Tatsache, daß er aufgrund verschiedener Umstände nicht totgeschwiegen werden konnte, daß sich bürgerliche Presse und Staatsanwaltschaft mit ihm beschäftigen mußten. Aber gerade daran, wie sich die Staatsanwaltschaft und das bürgerliche Klassengericht mit Witt beschäftigten, wird deutlich, daß es hier nicht um einen einzelnen Professor geht, sondern um das kapitalistische Gesundheitssystem, um die kapitalistische Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik. **Denn das Entscheidende ist nicht, daß hier ein Professor die Gesundheit seines Patienten ruiniert hat, das Entscheidende ist, daß sich kein Staatsanwalt, kein Gericht gefunden hat, ihn zu verurteilen, daß weder die Ärztekammer noch der bayrische Staat einen Anlaß zur Kritik sahen. Hier zeigt sich der wahre Charakter des angeblichen „Wohlfahrtsstaates", in dem wir leben. Es ist ein Staat im Interesse der Kapitalistenklasse, eine Diktatur über die Werktätigen.**

Allerdings hat die Justiz sich getäuscht, wenn sie glaubte, mit einem Federstrich das „öffentliche Interesse" an weiteren Ermittlungen gegen Witt erledigen zu können.

Die Fachschaftsinitiative Medizin der Universität München, in der sich fortschrittliche Studenten zusammengeschlossen haben und die auch vom KSB/ML, der studentischen Sektion der Roten Garde, der Jugendorganisation der KPD/ML, unterstützt wird, nahm den Kampf gegen diesen „Maulkorbvergleich", zu dem Dr. Mauser gezwungen worden war, auf. Sie besorgte sich die Unterlagen von Mausers Rechtsanwalt, gab eine Dokumentation zum Fall Witt-Mauser heraus, von der bisher bereits über 600 verkauft wurden und trat in der Vorlesung von Professor Witt auf, um ihn zur Rede zu stellen. Als Witt mit seinen Lügen bei den Studenten nicht mehr durchkam, rief der Dekan der Medizinischen Fakultät, der reaktionäre Gerichtsmediziner Spann, die Polizei.

Eine Hundertschaft Polizisten riegelte die Poliklinik ab und verhaftete das Mitglied der Fachschaftsinitative und des KSV (Studentenorganisation der GRF), Hans Kumor, vom Rednerpult weg. Trotz massiven Drohungen seitens der Polizei blieben über 200 Studenten so lange in der Poliklinik, bis sie nach einer Stunde die Freilassung des Kommilitonen erkämpft hatten. Der Kampf wird weitergehen.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26



hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.......... Unterschrift..........

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,- DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 31/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 15 62, Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 61 44, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bernhard-Ernst-Str. 5, (im Hof), Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

Ab sofort:

Neue Telefonnummer für Redaktion
ROTER MORGEN und Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Wellinghofer Str. 103

Vorwahl 0231
43 36 91

SOEBEN ERSCHIENEN:
Nr. 5, August 75

Rote Hilfe

Bestellungen bitte an:
ROTE HILFE DEUTSCHLANDS
46 Dortmund, Dorstfelder Hellweg 22

Parteiveranstaltungen

HAMBURG
Kulturabend zum Thema: „Lebendiges Arbeitertheater – Wir spielen gemeinsam Szenen der alten Agit-Prop-Trupps". 9. 8., 18 bis 21 Uhr, „Zum Alten Sängerheim", Oelkersallee 5.

FREIBURG
„Albanien – Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa", 7. August, 19.30 Uhr, Ecke Tennenbacher Str./Sautierstr., Gasthaus „Tennenbacher Hof".

Veranstaltungen der Roten Garde

ESSEN
„Was will die ROTE GARDE?" 2. 8., 18 Uhr, „Haus Söpper", Katernberger Str. / Termeerhöfe.